

Inhaltsverzeichnis

1. DFWR	
2. Deutscher Bauernverband	
3. Deutsche Stiftung Eigentum	
4. Mittelstands- und Wirtschaftsunion	
5. Die Familienunternehmer - ASU	
6. Stiftung Familienunternehmen	

Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat e.V. (DFWR) ist ein Lobbyverein der Forstwirtschaft in Deutschland. Der DFWR beschreibt sich selbst als Dachverband und „Stimme der Forstwirtschaft“.^[1]

Neben Interessenvertretung dient der DFWR zur internen Vernetzung der Forstwirtschaft und stimmt sich häufig auch mit Branchenverbänden der Holzverarbeitung ab.

Ziele des DFWR sind "die Erhaltung, Pflege und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes, die dauerhafte Erfüllung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes sowie die Forstwirtschaft und ihre Betriebe zu fördern."^[2]

In den Positionen des DFWR nimmt die Bewirtschaftung des Waldes eine zentrale Rolle ein, während ökologische und soziale Funktionen des Waldes eher zweitrangig sind. So stoßen Gesetzesvorhaben wie das EU Nature Restoration Law und die Einschränkung von Holz als Heizmittel auf Widerstand im DFWR.

Unter den Mitgliedern des Lobbyvereins sind neben privatwirtschaftlichen Waldbesitzer:innen auch kommunale und staatliche Akteure.^[2] Diese unterliegen als Vertreter:innen der Landes- und Bundesexekutive der Neutralitätspflicht, die mit der Mitgliedschaft in einer Lobbyorganisation schwer vereinbar ist.

DFWR Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V

Rechtsform	e. V.
Tätigkeitsbereich	Forstwirtschaft, Wald
Gründungsdatum	1950
Hauptsitz	Claire-Waldorff Str.7, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	dfwr.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Deutschland	3
2 Mitgliedschaften	4
3 Kritik und Positionen	4
4 Organisationsstruktur und Personal	5
5 Verbindungen	7
5.1 Familienbetriebe Land und Forst e.V.	7
5.2 Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer e.V.	8
6 Finanzen	9
7 Einzelnachweise	9

Lobbystrategien und Einfluss

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat ist stark mit der Bundes- und Landespolitik verschränkt. Präsident des DFWR ist seit 2007 Georg Schirmbeck, von 2002 bis 2013 CDU-Bundestagsabgeordneter.^[3]

Der DFWR tritt selten offen als Lobbyverein auf, vielmehr bündelt er als Dachverband die unterschiedlichen Positionen der Mitglieder und richtet sich mit greifbaren Aussagen an die Öffentlichkeit. Was hängen bleiben soll: Aktive Waldbewirtschaftung ist Klimaschutz, daher brauchen Waldbesitzer:innen die Hilfe der Gesellschaft.

Veranstaltungen wie die Deutschen Walddtage, die alle zwei Jahre in Kooperation mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattfinden, sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Forstleute und Waldbesitzer laden zu Veranstaltungen und Mitmachaktionen in die Wälder ein. Bei den Walddtagen 2020 wurde das ‚Grüne Herz‘ als Solidaritätssymbol entwickelt, das als Zeichen der Verbundenheit mit dem Wald und der Solidarität mit Förster:innen getragen werden kann.^[4]

Bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Landes- und Bundespolitik aber auch von Verbänden ist der DFWR vertreten. 2023 hatte der DFWR einen Stand bei Sommerfesten der Landesvertretungen NRWs und Mecklenburg-Vorpommern in Berlin. Dabei lies sich Georg Schirmbeck u.a mit Hendrik Wüst (Ministerpräsident NRW) und Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin MV) fotografieren. Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Dietmar Bartsch (Co-Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag) und Gregor Gysi (MdB Die Linke) und Friedrich Merz (Parteivorstand der CDU) waren anwesend.^{[5][6]} Bei einem gemeinsamen parlamentarischen Abend des DFWR und der Landesregierung MV zur Internationalen Forstpolitik hielt Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze eine Festansprache.^[7] Auch mit Finanzminister Christian Lindner kam der DFWR beim Verbandstag des Bundesforst ins Gespräch, als Finanzmister ist dieser für Immobilien des Bundes und damit auch für den Bundes-/Staatsforst zuständig.^[8]

Auch junges Publikum soll explizit mit Inhalten auf sozialen Medien und Youtube angesprochen werden. Wieder geht es um die Rolle von Wald als Klimaschützer und die Nutzung von Holzprodukten, „Willkommen im Holzzeitalter“ heißt es. Das Projekt erprobt, wie der DFWR moderne Kommunikationsstrategien für seine Lobbyarbeit nutzen kann. „Es braucht Geld und Zeit, Expertise und Leidenschaft, um die eigenen Botschaften – clever verpackt – an den Mann oder die Frau zu bringen“, lässt sich in der Projektbeschreibung lesen.^[9]

Zentral sind in der Lobbyarbeit vor allem seine Mitglieder. Der DFWR bindet vielfach Vertreter:innen von zuständigen Landesministerien, Landes- und Bundesforsten in seine Arbeit ein. Diese sitzen teilweise mit im DFWR-Präsidium oder in der Mitgliederversammlung (mehr unter Organisationsstruktur). Durch ihre Doppelfunktion sowohl in politischen Behörden als auch im DFWR sind sie in ihrer amtlichen Position bereits geprägt. So kann der DFWR schon vor der eigentlichen Anhörung der Verbände mit forstwirtschaftlich relevanten Inhalten Stellung beziehen und Entwürfe durch interne Mitarbeit beeinflussen.

Deutschland

Die Lobbyausgaben betrugen 2022 laut DFWR zwischen 450.001€ und 460.000€ und stiegen damit gegenüber den Vorjahren kontinuierlich (2020: >190.001€ und 2021: >310.001€). Im Lobbyregister gibt der DFWR an, 11 bis 20 Personen im Bereich der Interessenvertretung zu beschäftigen. Keine der Personen übe jedoch unmittelbare Interessenvertretung aus.^[10] Gleichzeitig sind im DFWR große Forstverbände wie die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW) und Familienbetriebe Land und Forst e.V (FaBLF) sowie kommunale Spitzenverbände vertreten, die laut Lobbyregister hohe Lobbyausgaben und einige Bedienstete direkt in der Interessenvertretung aufweisen.

Mitgliedschaften

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat ist bei der Plattform Forst und Holz Mitglied, Georg Schirmbeck ist auch hier Präsident. Das Ziel der Plattform Forst und Holz besteht darin, "die brancheninterne Abstimmung hinsichtlich relevanter Themen für die Forst- und Holzwirtschaft zu fördern." Sie vereint Vertreter:innen aus Forstwirtschaft, Säge- und Holzindustrie sowie dem Holzbau und Holzhandwerk und setzt sich für eine verstärkte Holznutzung in Deutschland ein.^[11]

Kritik und Positionen

Mitgliedschaften von öffentlichen Stellen im DFWR

Kommunaler, Landes- und Bundeswald machen knapp 60% der Waldfläche Deutschlands aus.^[12] Der Großteil der ökonomischen Erträge in der Forstwirtschaft stammt weiterhin aus der Holzproduktion, entsprechend groß ist das Interesse auch diese öffentlichen Waldflächen ökonomisch zu bewirtschaften und für die Forstwirtschaft vorteilhafte Regulierungen zu erreichen.^[13] Der Deutsche Forstwirtschaftsrat nimmt als "Stimme der Forstwirtschaft" und damit im Interesse der Forstwirtschaft Einfluss auf Willens- und Entscheidungsprozesse der Parlamente.

Bis zu 37 Bundes-, Landes- und kommunale Vertreter:innen sind Mitglied des DFWR und auch im Präsidium sind Landesforstverwaltung und Landesforstvertreter:innen vertreten. Für die Vertreter:innen öffentlicher Stellen, Beamt:innen und Beschäftigte öffentlichen Dienstes gilt eine Neutralitätspflicht und sie sind in ihrem Handeln dem Gemeinwohl verpflichtet.^[14] Trotzdem sind sie als stimmberechtigte Mitglieder in der Diskussionen, Abstimmungen und Beschlüssen beteiligt und somit integraler Bestandteil der Lobbyarbeit des DFWR.^[2] Als Teil des DFWR kritisieren sie somit Gesetzesvorhaben der Regierungskoalition und EU-Richtlinien, die sie als Exekutive eigentlich umzusetzen haben.

Zudem finanziert sich der DFWR fast zu 100% über Mitgliedsbeiträge. Durch die Zahlung der Mitgliedsbeiträgen durch Steuergelder ermöglichen die öffentlichen Vertreter:innen, dass der DFWR Einfluss auf Landes- und Bundespolitik - und damit letztlich auf sie selbst - ausüben kann.

Aktive Bewirtschaftung als Klimaschutz

In der öffentlichen Kommunikation des DFWR ist eine Aussage zentral: "Starke Forstorganisation und aktive Bewirtschaftung dienen dem Erhalt unserer Wälder".^[15] Darauf beruhen zahlreiche Positionen und Forderungen des DFWR, die unter anderem in der [Kieler Erklärung](#) im Juni 2023 zusammengefasst wurden.

Die Stilllegung von Nutzungsflächen, wie sie einige Förderungsvoraussetzungen des Bundes vorsehen, sei für den Walderhalt und die CO₂-Bindung laut DFWR nicht zielführend.^[16] Wissenschaftler:innen wie Pierre Ibisch (Hochschule f. Nachhaltige Entwicklung Eberswalde) kritisieren dagegen die zunehmende Fokussierung bei Waldgesundheit auf CO₂-Speicherung. Nur ein gesunder Wald könne CO₂ speichern. Um Wasserspeicherung, Biodiversität und Humusbildung zu fördern seien stillgelegte Flächen sinnvoll.^[17] Auch die Aussage, dass bewirtschaftete Wälder mehr CO₂ aufnehmen als natürliche, wird im wissenschaftlichen Diskurs kritisiert.^[18]

Dreiklang der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion

2024 soll ein neues Bundeswaldgesetz verabschiedet werden. Dieses soll die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Waldgebiete umfassend regeln. Der DFWR befürchtet durch die vielen öffentlichen Debatten von Wald als Klimaschützer eine Verschiebung der Gesetzeslage, die dem Natur- & Klimaschutz eine wichtigere Rolle gegenüber der Bewirtschaftung zuspricht "Der ausgewogene Dreiklang aus Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Wälder [ist] gegenüber allen einseitig dominierten Ausrichtungen die deutlich überlegene Strategie für unsere Wälder, um Klimaschutz, Biodiversität und regionale Wertschöpfung sicherzustellen."^[19]

Finanzielle Förderung & Honorierung von Ökosystemleistung

Anknüpfend fordert der DFWR eine umfassende Honorierung von Leistungen des Waldes, sogenannte **Ökosystemleistungen**. Diese umfassen u.a. die CO₂-Bindung, Lebensraum für Tiere, Erosions- & Hochwasserschutz, Wasserspeicherung, Erholungsfunktion und Rohstofflieferung. Und auch der Dienst am Wald durch Förster:innen und Waldbesitzer:innen müsse finanziell mehr gewürdigt werden. Der Waldumbau zu einem klimaresistenten Wald sei nur durch finanzielle Förderungen möglich und auch die Auswirkungen des Klimawandels führten zu steigenden Kosten und Arbeitsaufwand für die Förster:innen. Daher brauche es neben der finanziellen Entlastung auch mehr Personal und weniger Vorschriften.^[16]

Holzbauoffensive

Wichtiger Bestandteil ist auch die Förderung einer Holzbauoffensive, durch die Stahl und Beton ersetzt werden kann. In Deutschland gebe es trotz klimabedingter Schäden weiterhin genügend Holz, für den notwendigen Waldumbau müsse sogar noch mehr geerntet werden. In der Plattform Forst und Holz und über Öffentlichkeitsarbeit fordert der DFWR mehr politischen Willen zur Holzbauoffensive und den Abbau bürokratischer Hürden.^[20]

Holzenergie als Erneuerbare Energie

Im Kontext der Verhandlungen zum Gebäudeenergiegesetz 2023, durch das der Einbau neuer Holzheizungen ab 2026 in Deutschland nicht mehr gestattet wäre und der immer wieder aufkommenden Diskussionen, das Holzenergie nicht mehr als erneuerbare Energie eingestuft werden könnte, betont der DFWR das Klimaschutzpotenzial von Holz- und Pelletheizungen. „Energetische Holznutzung ist und bleibt eine wichtige erneuerbare Energiequelle“.^[21] Wissenschaftler:innen und Umweltverbände kritisieren dagegen, dass die Wärmeleistung von Holzheizungen im Vergleich zu Erdgasheizungen gering sei und durch die Einstufung als erneuerbare Energie Anstrengungen zum Ausbau der Solar- und Windenergie verschoben werden.^{[22][23]}

Organisationsstruktur und Personal

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat e.V. ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Anders als es der Name impliziert, handelt es sich nicht um einen wissenschaftlichen eingesetzten Beirat, sondern einen eine privatwirtschaftliche Lobbyorganisation.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat besteht aus einem Präsidenten, einem 11-köpfigen ehrenamtlichen Präsidium und einer Mitgliederversammlung.^[24]

Präsident

Seit 2007 ist Georg Schirmbeck gewählter Präsident des DFWR. Er war von 2002 bis 2013 CDU-Bundestagsabgeordneter. Bereits zuvor war er Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Weser-Ems und in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW) als Mitglied aktiv.^[25]

Präsidium

Das Präsidium setzt sich neben dem Präsidenten aus 11 weiteren Mitgliedern zusammen, wobei dieses aus

- 4 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW)
- 2 Vertreter:innen der Landesforstverwaltungen
- 2 Vertreter:innen der Anstalten öffentlichen Rechts (Staats- und Landesforste)
- 2 Vertreter:innen der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände
- 1 Vertreter:in der anderen Mitglieder

besteht.^[2]

Die aktuelle Zusammensetzung des Präsidiums ist [hier](#) abrufbar.

Mitgliederversammlung

Beim DFWR handelt es sich um einen exklusiven Verein. Das heißt, es kann nur stimmberechtigtes Mitglied werden, wer in der Satzung genannt wird. Über zusätzliche, nicht stimmberechtigte Fördermitglieder entscheidet das Präsidium.

Die Mitgliederversammlung setzt sich u.a. aus benannten Vertreter:innen folgender Organisationen zusammen:^{[26][2]}

- 21 Vertreter:innen der 15 Landesforstverwaltungen (wobei 3 Bayern, 2 Ba-Wü, 2 Hessen und 2 Niedersachsen zugestanden werden)
- 18 Vertreter:innen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW, 14 Privatwaldvertreter:innen, 4 Körperschaftswaldvertreter:innen)
- 9 Vertreter:innen kommunaler Spitzenverbände
- 3 Vertreter:innen des Bundesforstes
- 4 Vertreter:innen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
- je 1 Vertreter:in der Forstwirtschaftlichen Fakultäten und forstlichen Fachhochschulen
- 10 Vertreter:innen ausgewählter Landesforste (Anstalten öffentlichen Rechts, 2 NRW-Landesforst sowie 3 Bayerischer Landesforst)
- 3 Vertreter:innen Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- 2 Vertreter:innen des PEFC

Einzig vertretene Naturschutzorganisation ist die 'Schutzgemeinschaft Deutscher Wald' (SDW). Laut Waldpolitik-Forscher Michael Suda "gehe es der SDW "in erster Linie um den Erhalt [des] Waldes und gleichzeitig pragmatisch gesehen um den Erhalt einer ordnungsgemäßen, nachhaltigen Forstwirtschaft."^[27] Sie nehme daher auch eine Mittlerrolle zwischen Forstwirtschaft und übrigen Naturschutzverbänden ein. Seit 2022 ist zudem die Deutsche Bundesstiftung Umwelt - Naturerbe, eine Stiftung der Bundesrepublik Mitglied des DFWR.

Die konkrete Ausgestaltung der Positionen des DFWR findet in den 6 Fachausschüssen

- für Betriebswirtschaft

- für Waldpolitik und Recht
- für Europapolitik
- für Holzmarkt
- für Klimaschutz und Biodiversität (2023 einberufen)
- für Öffentlichkeitsarbeit

statt.

Sachkundige Personen außerhalb des DFWR und Fördermitglieder können ebenfalls auf Berufung des Präsidiums in den Fachausschüssen Mitglied sein.^[2]

Verbindungen

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat hat seine Geschäftsstelle zentral in Berlin im Haus der Ernährungs- und Landwirtschaft, in dem auch einige seiner Mitglieder sitzen, unter anderem der [Deutsche Bauernverband](#), der [Bundesverband der Landwirtschaftskammern](#). Auch die Familienbetriebe Land und Forst e.V. (FaBLF) haben ihren Sitz im Haus der Ernährungs- und Landwirtschaft. Mit Max von Elverfeldt sitzt der FaBLF-Präsident im DFWR-Präsidium und 3 Vertreter:innen der FaBLF sind Mitglied des DFWR. Auch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW) ist im Präsidium vertreten. Alleine 4 Präsidiumsmitglieder und 18 Personen in der Mitgliederversammlung stellt der ADGW im DFWR.

Familienbetriebe Land und Forst e.V.

Der Lobbyverband Familienbetriebe Land und Forst e.V (FaBLF) ist eine eigentums- und vermögenspolitisch aktive Vereinigung von Großgrundbesitzer:innen, häufig Adligen. Als Dachverband vertritt FaBLF 11 Landesverbände.^[28]

Präsident der FaBLF ist Max von Elverfeldt, gleichzeitig ist er Vorsitzender des Aktionsbündnis Forum Natur, dem Interessenverband von naturnahen Berufen der Landwirtschaft, Winzerei, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei.^[29] Auch sitzt er im Stiftungsrat der [Deutschen Stiftung Eigentum](#) und im Vorstandspräsidium des DFWR. Stellvertretender Vorsitzender ist Hubertus Paetow, gleichzeitig Präsident der [Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft](#). Der ehemalige FaBLF-Geschäftsführer Fabian Wendenburg wechselte 2023 zur [Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU](#), sein Nachfolger Leo v. Stockhausen war zuvor bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank tätig.^[30]

Oberstes Ziel von FaBLF sei der Schutz und die Verteidigung des Eigentums sowie der unternehmerischen Freiheit. Dies verfolgt FaBLF durch den Austausch mit Politiker:innen, Beamt:innen und Wissenschaft und nutze „alle Möglichkeiten, um auf die einschlägige Gesetzgebung Einfluss zu nehmen“.^[28]

Laut Lobbyregister verzeichnet FaBLF Lobbyausgaben 2022 von 1.170.001€ bis 1.180.000€ und beschäftigte 1-10 Personen in der Interessenvertretung, wobei 9 unmittelbar Interessenvertretung ausüben. FaBLF ist im [Deutschen Bauernverband](#) aktiv, in der [Deutschen Stiftung Eigentum](#) und der Austauschrunde Steuern u.a. mit [Familienunternehmern](#) und [Stiftung Familienunternehmen](#) vernetzt. Auf europäischer Ebene wird FaBLF von der European Landowners' Organization vertreten.^[31]

Neben Eigentums-, Erb- und Steuerpolitik ist auch die Forstpolitik zentraler Pfeiler der Arbeit des FaBLF. Die Aussage des Geschäftsführers des baden-württembergischen Landesverbandes, Ulrich Kaiser, "die Menschen sind nicht mehr Herr im eigenen Wald", beschreibt das Verständnis der FaBLF passend.^[32] Zentral sind daher forstpolitische Forderungen nach marktwirtschaftlichen Anreizen statt Einschränkungen

und der finanziellen Honorierung von Leistungen des Waldes als Ökosystem. Die Waldpolitik habe dem Leitbild der nachhaltigen Forstwirtschaft und der Erzeugung des Rohstoffes Holz zu folgen^[33], weswegen die FaBLF eine mögliche Verschiebung der Waldpolitik ins Bundesumweltministerium kritisieren.^[34] Ihre Arbeit richtete FaBLF unter anderem gegen das EU Nature Restoration Law^[35] und der Einschränkung von Holzenergie im Gebäudenergiegesetz.^[36]

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer e.V.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. - Die Waldeigentümer (AGDW) ist Dachverband der 13 Landeswaldbesitzerverbände, die meist an Bundesländer angelehnt sind. In den Landesverbänden sind sowohl Vertreter:innen privatwirtschaftlicher Forstbetriebe als auch kommunaler Forstverwaltungen, und Landesforste Mitglied,^{[37][38]} laut Satzung "Verbände des nichtstaatlichen Waldes".^[39] Die AGDW vereint demnach wie der DFWR staatliche und privatwirtschaftliche Akteur:innen.

Präsident der AGDW ist Andreas Bitter, mit 3 weiteren Kolleg:innen ebenfalls Präsidiumsmitglied im DFWR. Gleichzeitig ist er geschäftsführender Direktor Institutes für Forstökonomie und Forsteinrichtung an der TU Dresden und stellvertretender Vorsitzender des Forst-Zertifizierungssystems PEFC Deutschlands.^[40] Einer seiner AGDW-Vorgänger Philipp zu Guttenberg erhielt aufgrund seiner Tätigkeit bei AGDW vom NABU den Negativpreis „Dinosaurier des Jahres 2015“.^[41] Im Präsidium ist zudem Ulrich Ivo von Trotha, Vize des europäischen Lobbyverbandes Confederation of European Forest Owners (CEPF), dem die AGDW angehört. Zudem ist die AGDW u.a. im Deutschen Bauernverband vernetzt und Mitglied der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V..^[42]

Die AGDW tritt offen als Lobbyorganisation auf und vertritt "die Interessen des Privat-, Kommunal- und Körperschaftswaldes gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat, den Ministerien, der Wirtschaft, der Wissenschaft und in Gremien anderer Verbände."^[39]

Laut Lobbyregister wendet die AGDW 2022 1.430.001€ bis 1.440.000€ im Bereich der Interessenvertretung auf und hat beschäftigt 11-20 Personen in der Interessenvertretung. 7 Personen üben unmittelbar Interessenvertretung aus. Lobbyistin ist unter anderem Irene Seling, ebenfalls Präsidiumsmitglied des DFWR, die zuvor bei der [[Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände]] im Marketing beschäftigt war und danach Geschäftsführerin der AGDW wurde.^[42]

Zweck der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände ist es, "die Unantastbarkeit des Waldeigentums, die Freiheit seiner Bewirtschaftung und das Recht auf Selbstverwaltung zu wahren."^[43]

Im Jahresbericht 2022 sieht sich die AGDW bei seiner Arbeit auf gutem Kurs, sie sei "ein willkommener und geschätzter Gesprächspartner für Ministerien, Abgeordnete und Meinungsbildner der Presse."^[44] Tatsächlich ist die AGDW immer wieder in Ausschusssitzungen des Bundestags geladen. Inhaltlich hat sich die AGDW vor allem den Debatten zu Holzenergie als erneuerbare Energie, dem Widerstand gegen das EU Nature Restoration Law und die Stilllegung von Waldflächen, der Forderung von finanzieller Honorierung der Ökosystemleistungen der Wälder sowie der Beeinflussung des Bundeswaldgesetzes zugewandt.

FaBLF und AGDW treten immer wieder gemeinsam auf. Andreas Bitter, Präsident der AGDW sprach in einer Ausschusssitzung des Deutschen Bundestags auch stellvertretend für FaBLF.^[45] Zusammen haben die zwei Verbände die "Kampagne 8: Wald ist Klimaschützer" ins Leben gerufen, die sich für die Honorierung der CO₂-Einsparung von Wäldern einsetzt.^[46] Im Rahmen der Kampagne beauftragten die Verbände das wirtschaftsnahe Institut der deutschen Wirtschaft in Köln mit einer Studie, die unter anderem ergab, dass bewirtschaftete Wälder effektiver CO₂ einsparen als nicht bewirtschaftete, eine Debatte die unter Forstwissenschaftler:innen schon länger herrscht.^[47]

Finanzen

Laut der Satzung des DFWR entscheidet die Mitgliederversammlung über einen Jahresbeitrag den die vertretenen Organisationen verrichten müssen, dieser ist im Einzelfall jedoch nicht öffentlich einsehbar. Laut Finanzangaben 2020 und 2021 machen die Mitgliederbeiträge beinahe die gesamten Einnahmen aus, für 2022 wurde der Anteil an den Gesamteinnahmen nicht angegeben. Zusätzlich verfügte der DFWR 2022 über Projektförderungen u.a. des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

Einzelnachweise

- ↑ DFWR- Die Stimme der Forstwirtschaft, dfwr.de, zugegriffen am 19.07.23
- ↑ ^{2,02,12,22,32,42,5} Satzung des DFWR, dfwr.de vom 11.10.2022, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Präsidium, dfwr.de, zugegriffen am 17.7.23
- ↑ Deutsche Waldtage, deutsche-waldtage.de 2023, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ DFWR und Landesbetrieb Wald und Holz NRW beim NRW-Sommerfest in Berlin, dfwr.de zugegriffen am 26.07.23
- ↑ DFWR beim Sommerfest der Landesvertretung MV in Berlin, dfwr.de zugegriffen am 26.07.23
- ↑ Parlamentarischer Abend 'Internationale Forstpolitik', dfwr.de zugegriffen am 26.07.23
- ↑ Verbandstag BDF - Bundesforst,dfwr.de zugegriffen am 26.07.23
- ↑ Klimaschutzleistungen von Wald und Holz kommunizieren, dfwr.de 2021, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Lobbyregister-Eintrag DFWR, lobbyregister.bundestag.de vom 20.04.2023, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Plattform Forst und Holz: Über uns, forstundholz.net, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Pressemitteilung: Forststrukturerhebung 2022, destatis.de vom 30.09.2022, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Auftakt Zukunftsdialog Wald: Prof. Dr. Matthias Dieter, youtube.de vom 18.07.2022, zugegriffen am 03.06.23
- ↑ §33 BeamtenStG, dejure.org, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Pressemitteilung: Verbandstag BDF - Bundesforst, dfwr.de vom 25.04.2023, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ ^{16,016,1} Pressemitteilung: Internationaler Tag der Wälder, dfwr.de, zugegriffen am 18.07.23
- ↑ Ausschuss-Anhörung Experten: Vergütung von Ökosystemleistungem , bundestag.de vom 07.11.2022, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Forests and Decarbonization - Roles of Natural and Planted Forests, frontiersin.org vom 08.05.2020, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ Der DFWR fordert aktives Handeln und wirksame Finanzhilfe, dfwr.de, zugegriffen am 18.07.23
- ↑ Pressemitteilung: Runder Tisch Zukunft Holzmarkt 2023, dfwr.de vom 20.01.2023, zugegriffen am 17.07.23
- ↑ DFWR: Münsteraner Erklärung, dfwr.de, zugegriffen am 18.07.23

22. ↑ [Klimafreundliche Pelletöfen: Heizungen auf dem Holzweg](#), wiwo.de vom 19.07.2023, zugegriffen am 19.07.23
23. ↑ [Erneuerbaren-Richtlinie: Enttäuschung über "lasches Ziel"](#), dnr.de vom 20.03.23, zugegriffen am 16.07.23
24. ↑ [Organigramm des DFWR](#), dfwr.de, zugegriffen am 18.07.23
25. ↑ [Präsidium](#), dfwr.de, zugegriffen am 18.07.23
26. ↑ [Mitglieder DFWR](#), dfwr.de, zugegriffen am 17.07.23
27. ↑ [Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - zwischen Umweltschutz und Forstwirtschaft](#), deutschlandfunk.de vom 05.12.22, zugegriffen am 16.07.23
28. ↑ ^{28,028,1} [Aufgaben der FaBLF](#), fablf.de, zugegriffen am 17.07.23
29. ↑ [Vorsitz AFN](#), forum-natur.de, zugegriffen am 17.07.23
30. ↑ [Leo v. Stockhausen wird neuer Geschäftsführer der FaBLF](#), fablf.de vom 17.04.2023, zugegriffen am 17.07.23
31. ↑ [Lobbyregister-Eintrag FaBLF](#), lobbyregister.bundestag.de vom 19.07.2023, zugegriffen am 20.07.23
32. ↑ [Jeder zweite Baum - ein fürstlicher](#), kontextwochenzeitung.de vom 18.01.2017, zugegriffen am 17.07.23
33. ↑ [Zukunftsdialog Wald: Positionen zu Jagd und Forst](#), zukunftsdialog-wald.de, zugegriffen am 17.07.2023
34. ↑ [Pressemitteilung zum Klimanpassungsgesetz](#), fablf.de vom 04.06.2023, zugegriffen am 17.07.23
35. ↑ [Pressemitteilung zum Nature Restoration Law](#), fablf.de vom 15.06.2023, zugegriffen am 17.07.23
36. ↑ [Pressemitteilung: Waldumbau und Unabhängigkeit im ländlichen Raum in Gefahr](#), fablf.de vom 27.04.23, zugegriffen am 17.07.23
37. ↑ [Bayerischer Waldbesitzerverband: Vorstand](#), bayer-waldbesitzerverband.de, zugegriffen am 17.07.23
38. ↑ [Forstkammer Baden-Württemberg: Vorstand](#), foka.de, zugegriffen am 17.07.23
39. ↑ ^{39,039,1} [AGDW: Verband](#), waldeigentuermer.de, zugegriffen am 26.07.23
40. ↑ [Pressemitteilung zum 232. Hauptausschuss](#), waldeigentuermer.de, zugegriffen am 17.07.23
41. ↑ [Nabu-Negativpreis geht 2015 an Philipp zu Guttenberg](#), morgenpost.de vom 29.12.2015, zugegriffen am 17.07.23
42. ↑ ^{42,042,1} [Lobbyregister-Eintrag der AGDW](#), lobbyregister.bundestag.de vom 01.06.2023, zugegriffen am 18.07.23
43. ↑ [AGDW: Satzung](#), waldeigentuermer.de vom 26.03.2021, zugegriffen am 18.07.23
44. ↑ [AGDW-Jahresbericht 2022](#), waldeigentuermer.de, zugegriffen am 18.07.23
45. ↑ [Ausschuss-Drucksache 20\(10\)42-B](#), bundestag.de vom 31.10.2022, zugegriffen am 18.07.23
46. ↑ [Wald ist Klimaschützer: Forderungen](#), wald-ist-klimaschuetzer.de, zugegriffen am 17.07.23
47. ↑ [Neue IW-Studie zum Wald](#), wald-ist-klimaschuetzer.de, zugegriffen am 17.07.23

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende

Deutscher Bauernverband

Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu. Der DBV war sowohl in Deutschland als auch bei der EU erfolgreich darin, seine Interessen über Ämterakkumulation seines Spitzenpersonals und genutzte Drehtüreffekte direkt im agrarpolitischen Entscheidungssystem (Agrarausschuss des Bundestags und Landwirtschaftsministerium) zu vertreten.^[1]

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[2] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.

Deutscher Bauernverband



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der deutschen Landwirtschaft
Gründungsdatum	1948
Hauptsitz	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro EU	B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51
Webadresse	www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	12
1.1 Subventionen und Lobbyismus	12
1.2 Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	13
1.3 Deutschland	14
1.4 Brüssel	15
1.5 Seitenwechsel	16
2 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik	16
3 Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband	16
4 Baywa AG	16
5 Führende Netzwerker der Agrarlobby	18
5.1 Stefan Köhler	18
5.2 Franz-Josef Holzenkamp	18
6 Fallbeispiele und Kritik	19
6.1 2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden	19
6.2 2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden	19
6.3 2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte	19

6.4 2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)	20
6.5 2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln	21
6.6 2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	21
6.7 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	22
6.8 2018: Ablehnung der Lebensmittelampel	23
7 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	23
7.1 Präsident - Joachim Rukwied	23
7.2 Vorstand	24
7.3 Präsidium	24
7.4 Generalsekretär	24
7.5 Fachausschüsse	24
7.6 Mitgliedschaften (Auszug)	24
8 Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich	25
8.1 Industrieverband Agrar e.V. (IVA)	25
8.2 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	26
8.3 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	26
8.4 Solidarische Landwirtschaft	26
8.5 Freie Bauern	26
8.6 Landwirtschaft verbindet Deutschland	27
9 Weiterführende Informationen	27
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
11 Einzelnachweise	27

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionen und Lobbyismus

Die Lobbyarbeit ist wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[3] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[4] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[5] Insgesamt erhalten die deutschen Bauern im Schnitt jährlich über 40.000 Euro Subventionen, Beihilfen, Zuschüsse und Erleichterungen.^[6]

Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[7] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängt, gescheitert.^[8] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[9] Bei Kampagnen kann sich der DBV auf ein außergewöhnlich breites Bündnis nahestehender Organisationen stützen. So wandten sich im Vorfeld einer Großdemonstration von Bauern für den Erhalt der Agrardiesel-Subventionen über 30 Verbände mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, Grüne und SPD, deren Haushaltspolitiker sowie die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses, in dem sie die Forderungen der Protestierenden unterstützten.^[10]

Diese sog. Verbände-Allianz besteht (neben dem Bauernverband) aus:

- [Deutscher Raiffeisenverband e.V.](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.](#)
- Der Agrarhandel e.V.
- Bund deutscher Baumschulen e.V.
- Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.
- Industrieverband Agrar e.V.
- Zentralverband Gartenbau e.V.
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie e.V.
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V.
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
- Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.
- Bundesverband Rind und Schwein e.V.
- Bundesverband der Deutschen Weinkellereien e.V.
- Deutsche Fruchthandelsverband e.V.
- Milchindustrieverband e.V.
- Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.
- Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.
- Deutscher Verband Tiernahrung e.V.
- Deutscher Weinbauverband e.V.
- [Familienbetriebe Land und Forst e.V.](#)
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- Deutscher Jagdverband e.V.,
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.
- Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft
- Bundesverband Lohnunternehmen e.V.
- Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
- Verband Deutscher Putenerzeuger e.V.
- LandBauTechnik – Bundesverband e.V.

- Bundesverband Ei e.V.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V.
- Bundesausschuss Obst und Gemüse

Deutschland

Bundestagsausschüsse

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der CDU, steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[11] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinholdungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Verbandspolitikern im Agrarausschuss etwas zurückgegangen.

Die folgenden Landwirte und/oder Vorstandsmitglieder von landwirtschaftlichen Interessenverbänden sind Mitglieder im „Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ (Agrarausschuss). Teils wurden in der Vergangenheit Interessenkonflikte selbst angezeigt.

- Hermann Färber, Landwirt, MdB (CDU) und Vorsitzender im Agrarausschuss sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, war bis 12.04.2022 Vorsitzender des Kreisbauernverbands Göppingen (danach weiter Ehrenvorsitzender) und bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Landesbauernverbands Baden-Württemberg (danach weiterhin ehrenamtliches Mitglied in dessen Beirat).^[12] Nach Angaben von abgeordnetenwatch meldete Färber einen Interessenkonflikt bei dem Unionsantrag "Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen", bei dem er Berichterstatter war.^[13] In einer Fußnote der Beschlussempfehlung heiße es: "Abg. Hermann Färber erklärte, dass er mit seiner Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftete. Sein Geschäftsanteil an diesem Betrieb betrage 25 Prozent. Der Betrieb verfüge über einen Waldeigentum von aktuell 4 800 Quadratmetern (qm) Wald."
- Artur Auernhammer, Landwirt, MdB (CSU) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands BioEnergie (assoziiertes Mitglied bzw. Fachverband des Deutschen Bauernverbands). Für seine Tätigkeit erhält er 500 Euro monatlich.^[14] Laut abgeordnetenwatch ging es am 18. Januar 2023 im Agrarausschuss um einen Antrag der Unionsfraktion, an dessen Entstehung Auernhammer nach eigenen Angaben mitgewirkt hatte.^[15] Darin forderten Auernhammer und seine Fraktion "Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten". Das seien Flächen, in denen das Grundwasser einen hohen Nitratgehalt aufweist und deswegen die Düngung stark eingeschränkt ist. Zu Beginn der Sitzung habe Auernhammer erklärt, sein landwirtschaftlicher Betrieb liege mit den gesamten Flächen in einem „roten Gebiet“, also auf genau jenen Flächen, für den sein Antrag Ausnahmen verlange.
- Gero Clemens Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, MdB (FDP) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Präsident des Deutschen Fischerei-Verbands sowie Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft (beide Organisationen sind assoziierte Mitglieder des Deutschen Bauernverbands).^[16] Der Abgeordnete und Verbandsvertreter wurde mehrfach im

Landwirtschaftsministerium vorstellig, um die Interessen seiner Branche zu vertreten, worin Timo Lange von LobbyControl einen handfesten Interessenkonflikt sieht.^[17] Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2020, dass Mitarbeiter Hockers Lobbyisten für Facebook-Talks mit dem FDP-Agrarpolitiker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^{[18][19]} Das Geld sei nicht an Hocker geflossen, sondern an Feinschliff-Consulting, eine Beratungsfirma., deren Inhaber seine Abgeordnetenbüros leiteten. Hocker betonte, der Vorwurf, er nehme als Abgeordneter politischen Einfluss im Sinne seiner zahlenden Talkgäste sei „vollständig konstruiert“. Die Beratungsfirma ist darauf hin aufgelöst worden.^[20]

Parteitage

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitagen ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[21] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitagen der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Lobbyausgaben/Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 27.08.2025):

- im Jahr 2024 4.930.001 bis 4.940.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 20,59 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[22]

Zusammengenommen geben der Deutsche Bauernverband (DBV), seine 18 Landesverbandsmitglieder sowie der [Deutsche Raiffeisenverband](#) und der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf)^[23] jährlich etwa 7.650.016 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 64,26 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalente).^[24] Hierbei sei angemerkt, dass diese Lobbyausgaben lediglich die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung betreffen und keine Lobbyaktivitäten auf Landesebene umfassen. Für die Berechnung wurde jeweils der für das entsprechende Jahr angegebene kleinere Betrag bzw. die kleinere angegebene Anzahl genommen. Zur Einordnung sei ebenfalls erwähnt, dass auch weitere Kreis- und Regionalbauernverbände auf Bundesebene lobbyieren, hier jedoch aufgrund von teils unplausiblen Angaben im Lobbyregister nicht mitberücksichtigt wurden.

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben.^[25] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim [Europäischen Parlament](#) akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der [EU-Kommission](#) teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf.^[26] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband [COPA](#), dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Seitenwechsel

- Peter Schwarz, Landwirt, seit 29.06.2022 Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, war bis 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein^[27]

Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Der im Januar 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste eingeleitete „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU“ war ein neues Forum, mit dem eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU gestaltet werden sollte.^[28] Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen. Mitglieder waren 29 Personen als Vertreter ihrer Organisationen. Nach Angaben des DBV waren mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt.^[29] Hinzu seien diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGO und Wissenschaftler gekommen. Vorsitzender war Prof. Strohschneider. Am 4. September 2024 erhielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den [Abschlussbericht](#). In diesem sprach sich das Forum etwa dafür aus, Betriebe gezielter zu fördern und Landwirte höher zu belohnen, wenn sie umweltgerecht wirtschaften.^[30] Der DBV begrüßte zwar, dass die EU-Kommission dem Grundsatz eines tieferen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik mehr Bedeutung beimisst.^[31] Es müsse jedoch intensiv nachgearbeitet werden. Der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen griff Empfehlungen des Berichts auf.^[32] Künftig sollen stärker Landwirte unterstützt werden, die es wirklich nötig hätten und solche, die aktiv zur Ernährungssicherheit, zur wirtschaftlichen Vitalität der Betriebe und zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen. Neue und bestehende Gesetze sollten einem Praxis-Check unterzogen werden. Feste Ziele für den Umweltschutz wird es nicht mehr geben, was als Abschied vom Green Deal interpretiert werden kann.^[33]

Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Die Baywa AG ist ein internationaler Konzern mit den Geschäftsfeldern Energie, Agrar und Bau. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Segment Agrar ist die Erfassung und der Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Versorgung landwirtschaftlicher Kunden mit Betriebsmitteln. Im Jahr 2022 lag der

weltweite Umsatz des Unternehmens bei rund 27,1 Mrd. Euro.^[34] Baywa ist das umsatzstärkste Agrarhandelsunternehmen Deutschlands.^[35] Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, deren Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien sowie die Raiffeisenbank International sind.^{[36][37]} Mitglied des Aufsichtsrats sind u.a.: Wilhelm-Josef Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-beteiligungs-AG, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands und [Monika Hohlmeier](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP). Die Baywa ist Mitglied des Bayerischen Bauernverbands, des Landesbauernverbands Baden-Württemberg sowie des Sächsischen Landesbauernverbands und des Deutschen Raiffeisenverbands, der dem Deutschen Bauernverband angehört.^[38]

Die Baywa AG hat 2024 rund 1,6 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Grund dafür seien Abschreibungen auf Beteiligungen wie die an der Ökoenergie-Tochtergesellschaft Baywa r.e. Das Sanierungskonzept sieht u.a. den Abbau von 1 300 Vollzeitstellen vor.^{[39][40]} "Für die Dauer der Sanierung bestehe ein bestandsgefährdendes Finanzierungsrisiko und ein damit einhergehendes bestandsgefährdendes Liquiditätsrisiko für die Fähigkeit der BayWa AG und ihrer Tochtergesellschaften zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit."^[41]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[42][43]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[44] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[45] Klageführerin ist die Unilegion GmbH in München. Der Bayerische Bauernverband, in dem die Baywa Mitglied ist, hält eine Sammelklage für ein geeignetes Instrument, um deutlich unterschiedliche Kräfteverhältnisse der Parteien vor Gericht auszugleichen.

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[46] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[47] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[48]

Führende Netzwerker der Agrarlobby

Stefan Köhler

Seit 2017 ist Köhler Präsident des Bauernverbandes Unterfranken und damit auch Mitglied der Präsidentenkonferenz des bayerischen Bauernverbandes. Er betreibt einen Einzelbetrieb mit Mutterkuhhaltung: 70 Mutterkühe + Nachzucht und seit 1994 Ackerbau, ca. 20 % werden ökologisch bewirtschaftet. ^[49]

2024 wurde er ins europäische Parlament gewählt (CSU in der EVP-Fraktion). Er sitzt in folgenden Ausschüssen:

- Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Petitionen (PETI)

Mit 144.832 Euro an Nebeneinkünften pro Jahr steht Stefan Köhler an 7. Stelle der 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments. In seinem Lebenslauf sind über 20 Aktivitäten als ehrenamtlicher Richter, Mitglied, Vorsitzender, Berichterstatter usw. aufgeführt. ^[50]

Köhler bezieht nach eigenen Angaben als Bezirkspräsident mehr als 50.000 Euro jährlich vom Bayerischen Bauernverband (BBV). Der BBV wies darauf hin, dass Köhler seit August "deutlich weniger"

Aufwandsentschädigungen erhalte und einige Verantwortlichkeiten abgegeben habe. ^[51] Es drohen Interessenskonflikte besonders, wenn die Mitglieder des Bauernverbandes in Ausschüssen sitzen, die über Themen entscheiden, die direkt mit der Nebentätigkeit verbunden sind, warnt die Politikwissenschaftlerin Wiebke Marie Junk von der Universität Kopenhagen. ^[51]

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e. V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V. ^[52] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde. ^[11] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden

Die [CDU](#)-Abgeordnete und Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Breher wurde Anfang August von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer ([CSU](#)) zur neuen Tierschutzbeauftragten ernannt. ^[53] Tierschutzverbände kritisieren die Ernennung von Breher, da sie aufgrund ihrer Rolle als Staatssekretärin im Ministerium keine kritische und unabhängige Stimme für die Tiere sein könne und der Posten zudem seine parteipolitische Unabhängigkeit verliere. ^{[54][55]} Bis 2017 war Breher Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta, dem Interessenverband der Landwirt:innen in ihrem Wahlkreis. ^[56] Der Kreislandvolkverband Vechta arbeitet eng mit dem Landesbauernverband, dem [Deutschen Bauernverband](#) und dem Europäischen Bauernverband zusammen. ^[57]

2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden

[Günther Felßner](#) ist Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und kooptiertes Mitglied im Parteivorstand der CSU. Vor der Regierungsbildung 2025 wollte Markus Söder Felßner zum Bundeslandwirtschaftsminister machen. Nach Protestaktionen zog Felßner jedoch seine Bereitschaft zurück. Felßner stellte immer wieder wissenschaftliche Fakten zum Arten- und Klimaschutz in Frage und wurde 2018 wegen Gewässerverunreinigung in einem Wasserschutzgebiet zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sieht sich selbst nicht als Lobbyist, denn er hält den Bayerischen Bauernverband (BBV) für "eine Denkfabrik für Lösungen für die ganze Gesellschaft". Der BBV hat satzungsgemäß den Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten ist damit eine klassische Lobby-Organisation.

2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte

Die [Verordnung für entwaldungsfreie Produkte](#) (Kurzbezeichnung: EUDR) soll einen EU-Rechtsrahmen gegen die global voranschreitende Zerstörung der Wälder schaffen und Anreize für den Übergang und Zugang zu nachhaltigen Lieferketten in allen Erzeugerländern innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen. ^[58] Laut Begründung der Verordnung hat die EU zwischen 1990 und 2008 ein Drittel der weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Verbindung mit Entwaldung stehen, eingeführt und verbraucht. In diesem Zeitraum sei der Unionsverbrauch für 10 % der weltweiten Entwaldung im Zusammenhang mit der Erzeugung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich gewesen. Mit der EUDR gelten unternehmerische Sorgfaltspflichten für den Handel mit Soja, Ölpalme, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen. ^[59] Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten. ^[60]

Am 11. Juni 2024 forderte der Deutsche Bauernverband im ersten Schritt eine Aussetzung des Anwendungsbeginns und im zweiten Schritt eine Anpassung der Verordnung. ^[61] Länder wie Deutschland, die keinen Waldabbau bzw. vielmehr einen Waldaufbau belegen können und weitreichende Waldgesetze einhalten, müssten von der Umsetzung auf Produzentenebene und jeglichen zusätzlichen Nachweisverfahren ausgeschlossen werden. Die Forderung nach Verschiebung wurde auch von zahlreichen

anderen Verbänden - auch wegen behaupteter inhaltlicher und technischer Mängel - vorgetragen. Im September 2024 forderten zahlreiche einflussreiche EU-Abgeordnete - darunter Manfred Weber (CSU), Partei- und Fraktionsvorsitzender der ÖVP - von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) eine Verschiebung der Verordnung um mindestens ein Jahr.^[62] Die Grünen im EU-Parlament erklärten, dass jeder Vorschlag, das Gesetz zu verzögern oder abzuschwächen, ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU und ihre Fähigkeit, Stabilität und Sicherheit zu bieten, wäre.^[63] Am 15. November 2024 hat das EU-Parlament der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verschiebung der Verordnung um ein Jahr zugestimmt.^[64] Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen die Forderung des Parlaments gestellt, die Anti-Entwaldungsverordnung nicht nur zu verschieben, sondern auch inhaltlich zu ändern.^[65] Rat und Parlament müssen sich nun in [Trilogverhandlungen](#) einigen.

2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)

Der unkontrollierte Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft kann negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität haben.^[66] Die diesbezüglichen Vorgaben der EU sind in der [EU-Nitratrichtlinie](#) geregelt, mit der die Nitrat-Werte im Wasser reduziert werden sollen. Die EU-Kommission hat 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil das deutsche Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie nicht deren Vorgaben entsprach und Deutschland seiner Verpflichtung der Maßnahmenverschärfung nicht nachgekommen war.^[67] Im Juni 2018 folgte der Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil allen Kritikpunkten der Kommission am deutschen Aktionsprogramm. Obwohl das deutsche Düngerecht darauf hin mehrfach überarbeitet worden ist, hat die EU-Kommission 2019 ein Zweitverfahren gegen Deutschland eingeleitet.^[68] Nach einer weiteren Überarbeitung der Düngeverordnung forderte die Kommission im Juni 2021 nochmals Nachbesserungen.^[69] Nachdem das Düngegesetz (DüngG) am 31. Mai 2023 vom Kabinett beschlossen worden ist, hat die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren am 1. Juni 2023 eingestellt.^[70] Zur Umsetzung der EU-Vorgaben muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in einem ersten Schritt das Düngegesetz geändert werden, das die Rechtsgrundlage für die folgenden Verordnungen bildet: Düngeverordnung (DüV), Stoffstrombilanzverordnung (StoffBiV) - künftig Nährstoffbilanzverordnung - und die geplante Monitoringverordnung.^[71] Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um das Verursacherprinzip bei der Bewertung von Stickstoffeinträgen zu stärken. Außerdem soll die Gesetzesänderung dazu führen, dass in Zukunft die Daten landwirtschaftlicher Betriebe über ihre Düngepraxis im Rahmen einer Monitoringverordnung nachvollzogen und bewertet werden können.

Die Änderung des DüngG ist am 6. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke angenommen worden.^[72] Der Hauptstreitpunkt bei der Änderung des Gesetzes ist die verpflichtende belegbasierte Bilanzierung der Nährstoffflüsse eines Betriebs.^[73] Der DBV sah die Einigung der Regierungsfractionen beim Düngegesetz kritisch: „Die lange angekündigten Erleichterungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in Roten Gebieten sind immer noch nicht auf den Weg gebracht. Zudem konnte sich die Regierungskoalition nicht darauf verständigen, die EU-rechtlich nicht geforderte Stoffstrombilanz zu streichen, sondern kündigt lediglich Erleichterungen an. Dies bringt keinen erkennbaren Nutzen für den Gewässerschutz, führt aber zu Bürokratie bei den Betrieben.“^[74] Ein Insider aus dem Bundesrat sagte gegenüber der taz, der Bauernverband wolle nicht, dass man künftig erkennen könne, wer das Problem der Überdüngung verursache.^[75] Denn dann könnten solche Betriebe bestraft werden, zum Beispiel durch Bußgelder

Am 5. Juli 2024 hat der Bundesrat die Neufassung des DüngG abgelehnt.^[76] Elf der 16 Bundesländer haben mit der Begründung eines Übermaßes an Bürokratie gegen das Vorhaben gestimmt.^[77] In seiner Stellungnahme vom 6. Juni 2024 hatte der DBV erklärt: „Der Bundesrat ist nunmehr gefordert, die vielfach geforderte und auch von der EU-Kommission unterstützte Verursachergerechtigkeit mit Befreiungen für Betriebe in Roten Gebieten auf den Weg zu bringen. Zudem fordert der DBV die Bundesländer auf, als Zeichen des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft, die Stoffstrombilanz ersatzlos zu streichen.“^[78] Am 5. Juli 2024 begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Ablehnung des DüngG durch den Bundesrat: "Es ist richtig, dieses Gesetz noch einmal zu überarbeiten. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, zumal die von der EU-Kommission geforderten Punkte im Wesentlichen unstrittig sind.“^[79] Der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) hat dagegen für eine Zustimmung geworben: Nur mithilfe des Wirkungsmonitorings sowie der Stoffstrombilanzierung könne der Eintrag von Nitrat verursachergerecht identifiziert und somit Gewässer und Böden aktiv geschützt und erhalten werden.^[80] Der BDEW ist Teil der Aktion Agrar (weitere Beteiligte: BUND, DUH, DNR, Greenpeace, Grüne Liga, GNF, NABU, Ver.di und WWF), die essentielle Nachbesserungen im Düngegesetz fordern.^[81] Die Bundesregierung hat am 2. Oktober 2024 mitgeteilt, dass sie zur Änderung des DüngG die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat verlangt.^[82]

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine Basis, um im Sinne der Landwirtschaft erfolgreich mit der EU-Kommission über eine weitergehende Maßnahmendifferenzierung verhandeln zu können.^[83] Es bestehe zudem die Gefahr, dass die EU-Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung des ihr zugesagten Monitorings und wegen Nichtumsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung eröffne.

2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln

Der Bauernverband fordert regelmäßig, die Bürokratie abzubauen - insbesondere im Hinblick auf Naturschutzauflagen -, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sei die Existenz der Bauern durch Billigeinfuhren bedroht. Dazu EU-Kommissionssprecher Olof Gill auf eine taz-Anfrage^[84] "Die EU ist der größte Agrar- und Lebensmittelexporteur der Welt. Die Nummer zwei, die USA, liegt mit großem Abstand hinter uns." Im Jahr 2023 exportierte die EU Agrar-Produkte im Wert von 229 Milliarden Euro nach Großbritannien, in die USA und nach China. Der Handelsüberschuss betrug 70 Milliarden Euro.^[85] "Der Wert unserer Rindfleischexporte ist doppelt so hoch wie der der Importe. Das nützt unseren Bauern.", so Gill. Die sensiblen Sektoren der Landwirtschaft würden geschützt. So darf z.B. trotz [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#) -Vertrag mit Kanada kein mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch eingeführt werden. 2023 konnte Kanada seine Export-Quote nach Europa nur zu 3% ausschöpfen. Bauernvertreter hatten gewarnt, dass das Abkommen den Wettbewerbsdruck erhöhen würde.

2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law^[86]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen.^[87]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[88], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[89]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[90]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. ^[91] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält. ^[92]

In einem Brief an Kanzleramtsminister Frei (CDU) im Juli 2025 haben der „Deutsche Bauernverband“, die „Familienbetriebe Land und Forst“ und der Verband „Die Waldeigentümer“ sich einer Forderung von acht CDU geführten Agrarministerien angeschlossen. Die Forderung lautet, das Renaturierungsgesetz vollständig aufzuheben. Die Land- und Forstwirtschaft werde massiv belastet und vor dem Hintergrund der „Krisen- und Kriegssituation in Europa“ sei die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt. ^[93]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt. ^[94]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab.^[95] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert.^[96]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der [Deutsche Raiffeisenverband](#) (DRV) und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an.^[97] [Assoziierte Mitglieder](#) sind 44 Verbände und Organisationen, die thematisch vom Gartenbau über die Tierzucht bis zum Waldbesitz die große Vielfalt rund um die Landwirtschaft vertreten, und über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Der Organisationsplan des DBV ist [hier](#) abrufbar.

Präsident - Joachim Rukwied

Präsident [Joachim Rukwied](#), selbständiger Landwirt und Weinbauer, saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt.^[98] Er ist (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.
- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.
- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V., dem auch Glyphosat-Hersteller angehören
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH
- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: ^[99]^[100]

Der Bauernverbandsvorsitzende Rukwied unterläuft immer wieder abgestimmten Vorschläge. So forderte er auf dem Dt. Bauerntag in Cottbus am 26./27. Juni 2024 die Rücknahme von Düngemittelgesetz, Tierschutzgesetz u.a. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte stehe in Frage und die Ernährungssicherheit für Deutschland sei gefährdet. Das Tierschutzgesetz würde dem „letzten Schweinehalter das Licht ausknipsen (...) Die Vorschläge zum Pflanzenschutz würden den Ackerbau ad absurdum führen. In Berlin hat man noch nicht erkannt, wie wichtig Landwirtschaft ist, wie wichtig Ernährungssicherung ist“ ^[101]

Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten sowie bis zu fünf Vizepräsident:innen. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung waren/sind vier Vorstandsmitglieder als Politiker aktiv.^[102] Joachim Rukwied saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. Für die CSU ist [Günther Felßner](#) Kreisrat im Nürnberger Land, Susanne Schulze Bockeloh gehört der CDU-Ratsfraktion Münster an, Detlef Kurreck sitzt für die Wählergemeinschaft Bastorf im Gemeinderat Bastorf.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen. Die etwa 20 Präsidiumsmitglieder des DBV oder ihre Unternehmen erhielten im Haushaltsjahr 2022/23 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro EU-Subventionen. Das zeigt eine Recherche in der Datenbank [Agrarzahlen](#) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die taz^[103] hat die Zahlungen folgendermaßen aufgeschlüsselt:

Spitzenbezieher war im Jahr bis Ende Oktober 2023 mit ungefähr 1 Million Euro die Universal-Agrar GmbH, bei der der Präsident des Thüringer Bauernverbands, Klaus Wagner, als Geschäftsführer und Gesellschafter fungiert. Auf Platz zwei liegt mit rund 470.000 Euro die AGW Agrarwirtschaftsgesellschaft Worin von Henrik Wendorff, dem Chef des Bauernverbands Brandenburg. DBV-Präsident Joachim Rukwied bekam knapp 100.000 Euro EU-Subventionen. Im Schnitt 145.000 Euro erhielt jedes der 18 Präsidiumsmitglieder, denen die taz Betriebe in der Datenbank zuordnen konnte. Das ist bedeutend mehr als die 22.000 Euro, die der durchschnittliche Empfänger in Deutschland bekam. Bei Rukwied z.B. kommen 97% der Zahlungen aus den Direktzahlungen pro Hektar. AbL-Bundesgeschäftsführerin Xenia Brand kritisierte, der Bauernverband verhindere, dass die Flächenprämien zugunsten von Zahlungen für konkrete ökologische Leistungen der Bauern umgeschichtet werden. „Da wichtige Akteure in der Spitze des Deutschen Bauernverbandes stark von der bisherigen Flächen-prämie profitieren, verwundert es nicht, dass sie so vehement die Qualifizierung dieser Gelder blockieren.“ (zitiert nach ^[103])

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024).^[104]

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften (Auszug)

- [COPA-COGECA](#)
- Aktionsbündnis Forum Natur GbR
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Bundesverband Bioenergie

- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), ein Netzwerk aus allen Bereichen der Landwirtschaft incl. Agrochemie, dessen Vorstandsvorsitzender DBV-Präsident Rukwied ist
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- Global Forum for Food and Agriculture Berlin
- [Information Medien Agrar](#) (i.m.a.)
- ifo Institut
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- QM-Milch
- Union der deutschen Kartoffelwirtschaft
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- [World Farmer's Organisation](#)
- [Zentrale Organisation Handel-Landwirtschaft](#), eine Dialogplattform für Verbände und Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie dem Lebensmitteleinzelhandel

Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich

Industrieverband Agrar e.V. (IVA)

Der [Industrieverband Agrar e.V.](#) ist 1988 aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit drei Fachverbänden der Düngemittelindustrie entstanden. Er vertritt nach eigener Aussage die Interessen der Hersteller von „Betriebsmitteln für einen nachhaltigen Pflanzenbau in Deutschland“. Dabei geht es um Pflanzenschutz, Düngung, Biostimulanzen, Pflanzenzüchtung und Schädlingsbekämpfung.

Präsident: Michael Wagner, BASF SE, Limburgerhof

Hauptgeschäftsführer: Frank Gemmer

Die 47 Mitgliedsunternehmen (Stand 08/2025) finden sich hier ^[105]

Der Industrieverband Agrar ist Mitglied im Verband der chemischen Industrie (VCI).

Auf der Jahrespressekonferenz 2025 berichtet IVA-Präsident Wagner “von schrumpfenden Umsätzen im Pflanzenschutzmittel-Sektor (minus 9,1 Prozent) und stagnierenden Absätzen der Düngemittel-Produzenten. „ ^[106]

Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind in Deutschland sogar mehr Pestizidwirkstoffe erlaubt als in den Nachbarländern und die Zahl der sogenannten Notfallzulassungen, 64 im Jahr 2024, sei besonders hoch. ^[107] Der Bauernverband und der IVA klagen stattdessen über die Schwierigkeiten, Pestizide auf den Markt zu bringen, und dass zu wenig Wirkstoffe zugelassen seien. Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) arbeitet daran, dass die „Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verbessert“ und für schnellere Verfahren durch „Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit“ gesorgt wird. ^[108]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.](#) (AbL) ist 1980 mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe wahrzunehmen. In der Stellungnahme zur EU-Wahl 2024 heißt es: „Wir brauchen europaweit viele und vielfältige Höfe und Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Wissen und Können: für eine krisenfeste regionale Ernährung, für lebendige ländliche Räume, für Umwelt-, Klima- und Tierschutz.“^[109] Im Abl-Verlag erscheint das Jahrbuch [Der kritische Agrarbericht](#). Die ABL kooperiert mit dem Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft](#). Am 06.01.2024 hat die AbL einen agrarpolitischen 6-Punkte Plan als "kurzfristige Reaktion auf die bäuerlichen Proteste" aufgestellt. [Datei: Agrarpolitischer 6-Punkteplan AbL.pdf](#)

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

Der [Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.](#) (BDM) ist 1998 von Milcherzeugern gegründet worden, die sich durch den Deutschen Bauernverband nicht vertreten sahen.^[110] Er will eine von Interessenkonflikten unabhängige Verbandsarbeit leisten – unabhängig von den Interessen anderer landwirtschaftlicher Sparten und unabhängig von parteipolitischen Interessen.^[111] Der BDM steht für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller.^[112] Nach eigenen Angaben sind im BDM rund ein Drittel der deutschen Milcherzeuger organisiert, die etwa 40 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch produzieren.^[113] Der BDM ist Gründungsmitglied des [European Milk Board](#) (EMB).

Solidarische Landwirtschaft

Das 2011 gegründete Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft e.V.](#) (Solawi) bezeichnet sich als einen Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher:innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen.^[114] Es engagiere sich für die Erhaltung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der Erzeuger:innen und Verbraucher:innen verbindlich zusammenarbeiten und Landwirtschaft als eine gesellschaftliche Verantwortung sehen. In der Solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten, sie werden Ernte-Teilende.^[115] Partner sind: Ackersyndikat, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Kulturland e.G., Netzwerk gerechter Welthandel, Soziale Landwirtschaft (DASol) und Soziale Arbeit (DGSA), Regionalbewegung, Software für solidarische Landwirtschaft, World Wide Opportunities on Organic Farms - Deutschland. Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft im Netzwerk bilden die [Solawi Genossenschaften](#).

Freie Bauern

Die 2020 gegründete Initiative [Freie Bauern Deutschland GmbH](#) ist eine Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH. Gesellschafter sind lt. Eintrag beim Registergericht Halle/Saale: der Geschäftsführer Alfons-Josef Wolff (52 %), der [Bauernbund Brandenburg e.V.](#) (40 %) und Reinhard Jung (8 %). Die Initiative hat es im Februar 2024 abgelehnt, einen Aufruf gegen Demos mit Galgensymbolen und gegen Unterwanderung durch Rechtsradikale zu unterschreiben.^[116] Sie darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[117]

Landwirtschaft verbindet Deutschland

Der Landesverein "Landwirtschaft verbindet Bayern e.V." gründete sich im Juni 2021 in Zusammenhang mit Bauerndemonstrationen gegen eine Verbotspolitik und ist nachfolgend als [Landwirtschaft verbindet Deutschland](#) und auch „LSV-Deutschland“ bekannt.^[118] Der Verein bezeichnet sich als Bewegung von deutschen Landwirten und Landwirtinnen, deren Existenz und Betriebe durch die Politik gefährdet sind.^[119] LSV-Deutschland darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[120]

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Stefan Ewert: Lobbyismus im Agrarsektor, in: Handbuch Lobbyismus, Hrsg. Andreas Polk, Karsten Mause, Wiesbaden 2023, S. 779
2. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
3. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
4. ↑ [So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024
5. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Bauernproteste: Geht es den Landwirten wirklich so schlecht?](#), wdr.de vom 09.01.2024, abgerufen am 15.01.2024
7. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
8. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
9. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024

10. ↑ [Pressemitteilung des Deutschen Raiffeisenverbands vom 12.01.2024](#), raiffeisen.de, abgerufen am 15.01.2024
11. ↑ ^{11,011,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
12. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
13. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
14. ↑ [Artur Auernhammer](#), bundestag.de, abgerufen am 15.01.2024
15. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
16. ↑ [Gero Hocker](#), bundestag.de, abgerufen am 17.01.2024
17. ↑ [Die brisante Doppelrolle des FDP-Manns Gero Hocker](#), spiegel.de vom 27.01.2024, abgerufen am 29.01.2024
18. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 18.01.2024
19. ↑ [Hocker: Kein Geld für Lobbyisten](#), wochenblatt-dlv.de vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
20. ↑ [FDP-Beratungsfirma löst sich nach Vorwürfen auf](#), topagrar.com vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
21. ↑ [DBV bei Parteitag](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
22. ↑ [Registereintrag "Deutscher Bauernverband e.V." - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#), lobbyregister.de, abgerufen am 27.08.2025
23. ↑ [Deutscher Bauernverband e.V. - Mitglieder](#), bauernverband.de, abgerufen am 27.08.2025
24. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Angaben im Lobbyregister (Stand: August 2025).
25. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
26. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
27. ↑ [Beruflicher Werdegang](#), schleswig-holstein.de, abgerufen am 15.01.2024
28. ↑ [Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft](#), ec.europa, abgerufen am 07.03.2025
29. ↑ [Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#), bauernverband.de, abgerufen am 07.03.2025
30. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
31. ↑ [Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU](#), bauernverband.de vom 04.09.2024, abgerufen am 07.03.2025
32. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
33. ↑ [In der Landwirtschaft verabschiedet sich die EU vom Grünen Deal](#), sueddeutsche.de vom 19.02.2025, abgerufen am 08.03.2025
34. ↑ [Umsatz der Baywa](#), statista.com, abgerufen am 08.03.2024
35. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
36. ↑ [Unternehmensprofil Baywa](#), finanzen.net, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Unternehmen. Ili.at](#), abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de.bundestag.de, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [taz vom 04.07.2025, Seite 8]
40. ↑ [baywa-ag...groesste-krise-der-unternehmensgeschichte](#) www.wallstreet-online vom 13.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
41. ↑ [baywa-meldet-milliardenverlust.warnt-sanierungsrisiko](#) www.agrarheute.com vom 10.07.2025, abgerufen am 14.07.2025

42. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
43. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
44. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
45. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
46. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
47. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
48. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
49. ↑ [stefan-koehler](#) www.cdusu.eu, abgerufen am 21.12.2024
50. ↑ [STEFAN_KOEHLER](#) www.europarl.europa.eu, abgerufen am 21.12.2024
51. ↑ ^{51,051,1} [eu-parlament-nebeneinkuenfte-abgeordnetewww.zdf.de](#) vom 12.12.2024, abgerufen am 21.12.2024
52. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
53. ↑ [BMLEH - Pressemitteilungen - Bundesminister Alois Rainer schlägt Silvia Breher als neue Tierschutzbeauftragte vor](#) bmleh.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
54. ↑ [CDU-Politikerin Breher soll neue Tierschutzbeauftragte werden](#) tagesschau.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
55. ↑ [Neue Tierschutzbeauftragte - Kritik wegen mutmaßlich mangelnder Unabhängigkeit](#) deutschlandfunk.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
56. ↑ [Landvolk-Geschäftsführerin Breher soll auf Holzenkamp folgen](#) agrarheute.com, vom 06.02.2017, abgerufen am 15.08.2025
57. ↑ [Kreislandvolkverband Vechta](#) klv-vechta.de, abgerufen am 15.08.2025
58. ↑ [Pressemitteilung vom 24.10.2024](#), abgerufen am 21.11.2024
59. ↑ [EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bmel.de vom 02.09.2024, abgerufen am 22.11.2024
60. ↑ [FAQ zum Zeitplan](#), ble.de, abgerufen am 21.11.2024
61. ↑ [EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bauernverband.de, abgerufen am 21.11.2024
62. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
63. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
64. ↑ [Ministerin Gorißen: Richtige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur weiteren Verschiebung der Entwaldungsverordnung](#), land.nrw, abgerufen am 21.11.2024
65. ↑ [EUDR: Rat stellt sich gegen Änderungswünsche des Parlaments](#), table.media vom 21.11.2024, abgerufen am 21.11.2024
66. ↑ [Düngemittel](#), umweltbundesamt.de vom 01.06.2022, abgerufen a, 24.11.2024
67. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
68. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
69. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023

70. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
71. ↑ [Änderungen im Düngerecht](#), bmel.de vom 12.11.2024, abgerufen am 24.11.2024
72. ↑ [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft 05.06.2024](#), abgerufen am 25.11.2024
73. ↑ [Die Endlosschleife ums Düngegesetz - Umweltkatastrophe mit Ansage](#), blogs.nabu.de vom 25.09.2024, abgerufen am 25.11.2024
74. ↑ [DBV kritisiert Einigung beim Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 17.05.2024, abgerufen am 25.11.2024
75. ↑ [Union für Mist im Düngegesetz](#), taz.de vom 04.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
76. ↑ [Bundesrat lehnt Düngegesetz ab - weiterhin pauschale Einschränkungen statt Verursacherprinzip](#), info.bml vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
77. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
78. ↑ [Bundestag lässt Chance zum Bürokratieabbau ungenutzt](#), bauernverband.de vom 06.06.2024, abgerufen am 25.11.2024
79. ↑ [Deutscher Bauernverband zu Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
80. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
81. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
82. ↑ [Düngegesetz soll in den Vermittlungsausschuss](#), bundestag.de vom 08.10.2024, abgerufen am 25.11.2024
83. ↑ [Fragen und Antworten zum Düngerecht](#), bmel.de, abgerufen am 24.11.2024
84. ↑ [Europäische-Landwirtschaft](#) taz vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
85. ↑ [eu-agri-food-exports-keep-growing...agriculture.ec.europa.eu](#) vom 25.06.2024, abgerufen am 29.07.2024
86. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023
87. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
88. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
89. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#), abgerufen am 30.06.2023
90. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
91. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
92. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
93. ↑ [Gesunde-Boeden-Gewaesser-Waeldertaz.de](#) vom 14.07.2025, abgerufen am 17.07.2025
94. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.02.2023
95. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern](#), bauernverband.de vom 18.06.2018, abgerufen am 11.01.2024
96. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel](#), topagrar.com vom 19.06.2018, abgerufen am 25.07.2018
97. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
98. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 09.03.2024

99. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht](#), suedzuckergroup.com, abgerufen am 14.11.2023

100. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 14.11.2023

101. ↑ [rukwied-zum-bauerntagzdf.de](#) vom 27.06.2024, abgerufen am 27.06.2024

102. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 25.03.2024

103. ↑ ^{103,0103,1} [EU-Agrarsubventionen](#) taz.de vom 07.06.2024, abgerufen am 07.06.2024

104. ↑ [Geschäftsstelle](#), bauernverband.de, abgerufen am 08.01.2024

105. ↑ [mitgliedsunternehmen](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025

106. ↑ [jahrespressekonferenz 2025](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025

107. ↑ [Umweltbundesamt-zu-Kritik-der-Agrarlobby](#)taz.de vom 23.07.2025, abgerufen am 04.08.2025

108. ↑ [zulassung-pflanzenschutzmittel](#)www.bmleh.de, Pressemitteilung vom 19.07.2025, abgerufen am 04.08.2025

109. ↑ [EU Wahl](#), abl-ev.de, abgerufen am 02.07.2024

110. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024

111. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024

112. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024

113. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024

114. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024

115. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024

116. ↑ [Streit über Erklärung zu Bauernproteste](#), taz.de vom 20.02.2024, abgerufen am 10.10.2024

117. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024

118. ↑ [Vorstand](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024

119. ↑ [Startseite](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024

120. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024

Deutsche Stiftung Eigentum

Die **Deutsche Stiftung Eigentum** mit Sitz in Berlin setzt sich für privates Eigentum in seinen verschiedenen Ausprägungen ein. Sie bekennt sich zwar zur im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums, sieht es jedoch als ihre Aufgabe an, vermeintlich zu weitgehende Regulierungen zu verhindern. Nach ihrer Auffassung sind Eingriffe des Gesetzgebers in die Eigentumsrechte in den unterschiedlichsten Bereichen – sei es im Urheberrecht, in den Rechten der Unternehmen oder im Bereich des Grundeigentums, immer wieder erneute Beeinträchtigungen des Grundrechts am Eigentum.^[1] Sie setzt sich weiterhin dafür ein, dass Vermögen gar nicht und Kapitaleinkünfte möglichst gering besteuert werden.

Deutsche Stiftung Eigentum	
Rechtsform	Stiftung
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Eigentümer
Gründungsdatum	2003
Hauptsitz	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	deutsche-stiftung-eigentum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	32
--	--------------------

2 Fallbeispiele und Kritik	32
2.1 Reform der Erbschaftsteuer	32
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	32
3.1 Vorstand	32
3.2 Stiftungsrat	32
3.3 Wissenschaftlicher Beirat	33
3.4 Kooperationen	33
4 Finanzen	33
5 Weiterführende Informationen	33
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
7 Einzelnachweise	33

Lobbystrategien und Einfluss

Als "Anwalt des Eigentums" will die Stiftung auf die öffentliche Meinung einwirken. Dazu organisiert sie Veranstaltungen, etwas zum *Tag des Eigentums*, und veröffentlicht die Reihe *Bibliothek des Eigentums*.

In den Jahren 2014 und 2015 waren die Novellierung des Erbschaftsteuergesetzes, die Reform des Urheberrechts und die Novellierung des Kulturschutzgesetzes Schwerpunktthemen. 2013 waren eine damals diskutierte Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wichtige Themen.

Fallbeispiele und Kritik

Reform der Erbschaftsteuer

Die Deutsche Stiftung Eigentum nimmt gemeinsam mit der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), der [Stiftung Familienunternehmen](#) und der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) Einfluss auf die Reform der Erbschaftsteuer. In diesem Zusammenhang fand am 24. September 2015 in der Britischen Botschaft eine Diskussion mit Finanzminister Schäuble vor 200 geladenen Gästen statt.^[2]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Vorstand

Mitglieder sind (Stand: Juli 2023):

- Leo v. Stockhausen (Vorsitzender), Geschäftsführer der Familienbetriebe Land und Forst e.V., Berlin
- Karoline Beck, Geschäftsführerin der in.wendt Management GmbH, ehem. Vizepräsidentin [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Fabian Wendenburg, Geschäftsführer [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)

Stiftungsrat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Christian Schmidt (Vorsitzender), ehem. Minister für Ernährung und Landwirtschaft (CSU), hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Präsident der [Deutsche Atlantische Gesellschaft](#)

- Max Freiherr v. Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Michael Moritz, Regionalvorsitzender Hamburg von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Horst Reinhardt, Sprecher des Vorstands der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- [Hermann Otto Solms](#), MdB (FDP), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats der Deutschen Vermögensberatung AG, Mitglied des Parlamentarischen Beirats des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater
- Gerd Sonnleitner, Ehrenpräsident [Deutscher Bauernverband](#) und europäischer Bauernverband [COPA](#)

(Stand: Juli 2023)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Prof. Dr. Judith Froese (Vorsitzende), Universität Konstanz, Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Nebengebieten
- Ines Härtel, Richterin am Bundesverfassungsgericht
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), ehem. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- [Karl-Heinz Paqué](#), FDP-Politiker, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

(Stand: Juli 2023)

Kooperationen

Die Deutsche Stiftung Eigentum, die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und die [Stiftung Marktwirtschaft](#) organisieren gemeinsam Veranstaltungen.^[3]

Finanzen

Die Deutsche Stiftung Eigentum finanziert ihre Arbeit nach eigenen Angaben aus Eigenmitteln und Erträgen der Stiftung sowie aus Spenden von Unternehmen und Privatpersonen.^[4]

Weiterführende Informationen

- Informationen zur Stiftung Eigentum gibt es auch in unserem [lobbykritischen Stadtführer Lobbyplanet](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. [↑ Home, Webseite der Deutschen Stiftung Eigentum](#), abgerufen am 18. 12. 2015

2. ↑ [Solms: Reform der Erbschaftsteuer ist Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland](#), Webseite Deutsche Stiftung Eigentum, abgerufen am 16. 12. 2015
3. ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
4. ↑ [Fördermöglichkeiten](#), deutsche-stiftung-eigentum.de, abgerufen am 04.04.2016

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** (MIT) (Bezeichnung bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU) ist eine parteiinterne Vereinigung nach dem Statut der CDU sowie eine Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU. Mitglieder sind laut [Satzung](#) wirtschaftspolitisch interessierte Personen, insbesondere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten sowie von verantwortlich Tätigen in Wirtschaft und Verwaltung. Zu den Ständigen Gästen im Bundesvorstand gehört eine Reihe von Geschäftsführer:innen von Verbänden und Interessengruppen. Als parteiinterne Vereinigung hat die MIT einen Sitz im Parteivorstand, unterliegt aber auch bestimmten Regeln des [Parteistatuts](#). Mindestens die Vorsitzenden der MIT auf allen Ebenen sowie auf Landes- und Bundesebene sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der CDU bzw. der CSU sein.

Die MIT bekennt sich zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit folgenden Prinzipien: Subsidiarität staatlichen Handelns, Förderung der Eigenverantwortung, weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und Sicherung des Leistungswettbewerbs.

Mehrere Anträge zum 38. Bundesparteitag der CDU Ende Februar 2026 dienen dem Ziel, Regelungen zum Umweltschutz und Rechte von Arbeitnehmern einzuschränken. Der „Spiegel“ schreibt: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[1]

2022 begrüßte die MIT die Wahl von [Friedrich Merz](#) zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[2] Dem gewählten CDU-Präsidium gehörten neben Merz alle fünf Stellvertreter, die Bundesschatzmeisterin, sowie fünf der sieben weiteren Mitglieder der MIT an.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Recht Vereinigung nach dem Statut der CDU
sform /Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU
Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ 1956 bzw. 1995 (Fusion der
ungsd Vorgängerorganisationen)
atum
Haupt Schadowstr. 3, 10117 Berlin
sitz
Lobby
büro
Lobby
büro
EU
Weba [mit-bund.de](#)
dresse

Inhaltsverzeichnis

1 Politische Ausrichtung	35
1.1 Grundsatzprogramm	35
1.2 Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden	35
2 Lobbyarbeit	36
2.1 Allgemein	36
2.2 Parlamentskreis Mittelstand	36
2.3 Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM)	37
2.4 Kooperation mit SME Europe	37

2.5 Gesprächskreis mit dem BDI	37
2.6 Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags	37
2.7 Positionen zum Klimaschutz	38
2.8 Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit	40
2.9 Telefonische Krankschreibung abschaffen	40
2.10 Gegner des Lieferkettengesetzes	40
2.11 Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"	42
2.12 Rundfunkreform	42
3 Sponsoring	43
3.1 Veranstaltungsformate und Optionen	43
3.2 Beispiel: Bundesmittelstandstag	43
3.3 Einnahmen aus Sponsoring	43
4 Mitglieder	43
5 Bundesmittelstandstag	43
6 Bundesvorstand	44
6.1 Zusammensetzung	44
6.2 Mitglieder des Bundesvorstands	44
7 Präsidium	44
8 Auslandsverband Belgien	45
9 Kommissionen	45
10 Finanzen	45
11 Einzelnachweise	45

Politische Ausrichtung

Grundsatzprogramm

Das [Grundatzprogramm der MIT](#) trägt den Titel „Der Kompass - Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“. Mit ihm möchte die MIT all denjenigen, die sich zur bürgerlichen Mitte zugehörig fühlen, ein neues politisches Angebot unterbreiten. Zur bürgerlichen Mitte gehörten alle, die Verantwortung für sich und andere übernehmen. Sie wolle mit diesem Programm die Kräfte der bürgerlichen Mitte zusammenführen und ihnen Gehör verschaffen. Kompass der MIT sei die Soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft sei nach dem Grundsatzprogramm aus sich heraus sozial; sie bedürfe keiner umfassenden Sozialpolitik als „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“ (Kapitel 2). Weiterhin wird ein schlanker Staat mit einer Staatsquote von 40 % angestrebt; ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden

Am 11. Oktober 2024 veranstalteten die Junge Union Ortenau und die MIT Südbaden eine Talkshow mit Julian Reichelt, Chefredakteur des Netzwerkes Nius, das „vor allem hetzerische und weit rechts einzuordnende Inhalte publiziert“.^[3] Dem Chef eines „Hetzkanals erster Klasse“ eine öffentliche Bühne bieten, hielt ein Sprecher der Südbadischen CDU für keine gute Idee.^[4] Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag berichtet der LV Baden-Württemberg von der Talkshow, ohne klar Position zu beziehen: „Am 11. Oktober 2024 fand im Europapark Rust eine kontroverse Veranstaltung mit Julian Reichelt

statt, bei der er gesellschaftspolitische Themen offen diskutierte. Trotz Kritik innerhalb der CDU blieb Reichelt uneingeschränkt und sprach über Migration, Meinungsfreiheit und aktuelle politische Entwicklungen. Die Veranstaltung zeigte die unterschiedlichen Meinungen zu Reichelt in der Partei und betonte, dass seine Reden eher Kritik auf journalistischer Basis sind. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion verteidigt den Wert der Meinungsvielfalt und betont die Bedeutung von Differenzierung in der politischen Einordnung“

Lobbyarbeit

Allgemein

Nach § 2 der [Satzung](#) übt die MIT politischen Einfluss aus über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Publikationen sowie die Information und Förderung der Willensbildung ihrer Mitglieder. Sie strebt eine Repräsentanz in den Parlamenten sowie in den Gremien der CDU und CSU an, die der Bedeutung des Mittelstandes entspricht. Zur Durchsetzung ihrer Politik unterstützt und berät die MIT insbesondere Parlamentarier aus ihren Reihen. Nach eigenen Angaben ist die MIT der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband.^[5]

Parlamentskreis Mittelstand

Die MIT arbeitet eng mit dem [Parlamentskreis Mittelstand](#) (PKM) zusammen, der für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen eintritt. Von den 208 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion engagierten sich im Januar 2026 53 Abgeordnete im PKM, der laut MIT-Satzung einen Vertreter in den MIT-Bundesvorstand entsendet.^[6] Der Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand ist Ständiger Gast im MIT-Bundesvorstand.

Vorsitzende des PMK sind:

- Christian Frhr. von Stetten, Mitglied des Bundesvorstands der MIT, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Laut Handelsblatt hat von Stetten den direkten Draht zum Kanzler, „notfalls auch zu Weihnachten“, wie es heiße.^[7] Von Stetten habe Merz auf seinem Weg ins Kanzleramt unterstützt und im Hintergrund Mehrheiten für ihn organisiert.
- Florian Oßner, Stellv. Vorsitzender der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion
- Caroline Bosbach, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat des Deutschen Bundestags
- Tilmann Kuban (Vorsitz aktuell ruhend), Sprecher & Vorsitzender der AG Angelegenheiten der Europäischen Union der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestags, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
- Kerstin Radomski, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion

Zu den Mitgliedern gehören:

- [Philipp Amthor](#), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung

- Steffen Bilger, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Bundesvorsitzende des MIT
- Julia Köckner, Bundestagspräsidentin
- [Carsten Linnemann](#), CDU-Generalsekretär, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mathias Mittelberg, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Saskia Ludwig, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, die wegen Kontakten zu rechten Organisationen in der Kritik steht^[8]
- [Jens Spahn](#), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM)

Auch in der Legislaturperiode von 2024-2029 hat sich eine Gruppe von 21 CDU/CSU-Europaabgeordneten zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen.^[9] Dessen Sprecher sind [Markus Ferber](#) (CSU) und Marion Walsmann (CDU), Vorstandsmitglied der europäischen Mittelstandsvereinigung **SME Europe** Group^[10].

Kooperation mit SME Europe

Nach einem Bericht von der Mitgliederversammlung des belgischen Auslandsverbandes der MIT am 27. Mai 2024 hat sich dieser für die kommenden beiden Jahre zum Ziel gesetzt, nach der Europawahl im Juni die wichtigsten EU-Themen aus Sicht des deutschen Mittelstands in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament und der europäischen Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) [SME-Europe](#) zu begleiten und sein Netzwerk in Brüssel und Berlin weiter auszubauen.^[11]

Gesprächskreis mit dem BDI

Die MIT organisiert gemeinsam mit dem [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.^[12]

Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags

Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag wird der politische Einfluss so beschrieben: „Wir, die MIT und die MU, haben gemeinsam wichtige politische Projekte in Grundsatz- und Wahlprogramm der Union und am Ende im Koalitionsvertrag verankert wie die Unternehmenssteuerreform, die Aktivrente, den Bürokratierückbau, das Ende nationaler Alleingänge in der Europapolitik, die Reform des Bürgergeldes oder die Rückkehr zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz.“ Zum Grundsatzprogramms der CDU wird weiter ausgeführt: „Bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms waren MIT-Mitglieder in allen Fachkommissionen vertreten. Die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann MdB war stellvertretende Leiterin der Fachkommission „Versorgungssicherheit“ und hat an den Klausurtagungen der CDU-Programm-Kommission in Cadenabbia teilgenommen. Aus dem MIT-Präsidium waren etwa Dorin Müthel-Brenncke Mitglied der Fachkommission „Wohlstand“, unser Bundeschatzmeister Michael Littig war in der Fachkommission „Soziale Sicherung“ aktiv.“

„ Zum Wahlprogramm wird erläutert: „Die MIT war als die Wirtschaftsvereinigung früh in dessen Erarbeitung eingebunden und hat insbesondere Vorschläge aus den Fachkommissionen, Branchendialogen, Netzwerken sowie von Wirtschaftsverbänden gebündelt und in den Programmprozess eingebracht. Im Ergebnis konnten wir mit dem Wahlprogramm hochzufrieden sein und viele Forderungen im Programm durchsetzen: von der Wirtschafts-, Steuer-, und Energiepolitik über die arbeits- markt-, sozial- und Gesundheitspolitik bis hin zur Europapolitik.“

Positionen zum Klimaschutz

Abschaffung der Klimaneutralität als Klimaschutzziel

MIT und Christliche Arbeitnehmerschaft werben laut Handelsblatt in einem gemeinsamen Antrag für den 38. CDU-Bundesparteitag für eine „Neudefinition des Zieles der ‚Klimaneutralität‘“, die die EU-Kommission verfolgt.^[13] Klimaneutralität müsse heißen: 90 Prozent weniger Emissionen bis 2050. Auch soll Deutschland europäische Vorgaben und Ziele nicht mehr übererfüllen. Vielmehr sollten beim Emissionshandel mehr Zertifikate kostenfrei zugeteilt und die Rechte weniger schnell reduziert werden. Auch sollen internationale Projekte, die helfen, Emissionen einzusparen, „ohne Limitierung“ angerechnet werden. Mit solchen Forderungen wären Teile des Koalitionsvertrages nicht kompatibel.^[14]

Die Überschrift eines „Spiegel“-Artikels lautet: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“. ^[15] Die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lisa Baldum, übte scharfe Kritik an dem „Offenbarungseid“: „Wenn der Antrag von CDA und MIT auf dem CDU-Parteitag eine Mehrheit findet, liegt der Unterschied zu den Klima-Leugnern der AfD nur noch in der Wortwahl, nicht aber im Handeln.“^[16]

EU-Emissionsrechtehandel

Im Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandtags (27./28.09.2019)^[17] wird die Entstehung und Durchsetzung der eigenen Klimaschutzvorschläge beschrieben: „Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sekturmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO₂-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz“

Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten

Die MIT Dresden lud zu einem Expertenforum von "Tichys Einblick" mit dem Titel „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“ ein, das am 10. Oktober 2002 tagte.^[18] Roland Tichy gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland

Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[19] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments".^[20]

Die im Folgenden genannten Experten im Podium sind überwiegend Klimaleugner und Gegner der Energiewende, die bei „Tichys Einblick“ aktiv sind, als Interviewgeber und Autoren bei der neurechten „Jungen Freiheit“ mitwirken und bei Veranstaltungen der AfD auftreten:

- André Thess, Inhaber des Lehrstuhls für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, Mitglied von [Nuklearia](#), Erstunterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen^{[21][22]}
- Michael Beckmann, Lehrstuhlinhaber für Energie- und Speicherverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. Er hält die Energiewende für richtig und wichtig^[23]
- Fritz Vahrenholt, Dipl.-Chemiker, ehem. RWE-Manager, prominenter Leugner des menschengemachten Klimawandels^{[24][25][26]}, Referent beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#)^[27], Mitglied des [Academic Advisory Council](#) der [Global Warming Policy Foundation](#), unterzeichnete im Herbst 2019 einen von der niederländischen Klimaleugnerorganisation [Clintel](#) verfassten Erklärung, in der behauptet wird, es gäbe keine Klimakrise.^[28] Im Portal [Kalte Sonne](#) schreibt er eine wöchentliche Kolumne. Vahrenholt ist Autor von [Tichys Einblick](#) sowie Interviewgeber der [Jungen Freiheit](#) und deren JF-TV. und hält Vorträge bei der AfD.^[29] Weiterhin ist er Unterstützer der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#)^[30]
- Antje Hermenau, Unternehmensberaterin, ehem. Grünen-Politikerin, Senatsbeauftragte Sachsen des [Bundesverbands mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW), vertritt die Meinung, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[31] Sie ist Autorin der [Jungen Freiheit](#) und wirkt bei [TichysTalk](#) und [Tichys Ausblick](#) mit. 2016 trat sie in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf^[32]
- Frank Hennig, früher in Kohlekraftwerken eines großen Versorgers beschäftigt, ist Experte des Atom-Lobby-Verbands [Kernd](#) sowie Referent bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der AfD^{[33][34]}, dessen Veröffentlichungen regelmäßig beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) wiedergegeben werden.^[35] Er schreibt Kolumnen bei [Tichys Einblick](#) und ist Interviewpartner der [Jungen Freiheit](#)
- Jörg Petzold, Geschäftsführender Gesellschafter der Optima Maschinenteile-Fertigungstechnik GmbH
- Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, von dem sich die Technische Universität Dresden aufgrund seiner AfD-Nähe und seinem Sympathisieren mit der Pegida-Bewegung 2019 getrennt hat^[36], ist Interview-Partner bei [Tichys Einblick](#) sowie Autor der [Jungen Freiheit](#) und war Moderator der Tagung, auf der die „Stuttgarter Erklärung“ initiiert wurde. Beim [FORUM FREIHEIT 2018](#) der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) (Leitung: Roland Tichy) moderierte Patzelt das Panel „Das deutsche und europäische Immigrationsproblem“ mit Gerd Papke, Vera Lengsfeld und Thilo Sarrazin als Referenten

Die „Sächsische Zeitung“ kommentierte die Konferenz wie folgt: „Wenn man dann die frühere sächsische "Grünen-Ikone" Antje Hermenau hört, die an der Seite von Roland Tichy moderiert - mit spöttischer Bemerkung über einen Unternehmer, der sich als CDU-Mitglied outet ("mein Beileid"), sollte vielleicht die sächsische CDU-Spitze spätestens mal überlegen, warum Veranstaltungen unter ihrer "Fahne" so laufen wie sie zunehmend laufen.“^[37]

Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit

Der Antrag des MIT-Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert eine Reform der Teilzeit-Regelungen. Der Rechtsanspruch auf (Brücken-) Teilzeit soll zukünftig nur bei Vorliegen einer besonderen Begründung gelten. Besondere Gründe können beispielsweise die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder eine berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung sein. Nicht besonders begründete Teilzeit kann weiterhin einvernehmlich zwischen den Arbeitsvertragsparteien vereinbart werden – jedoch ohne gesetzlichen Rückkehranspruch in Vollzeit. Für den Bezug ergänzender und aufstockender Sozialleistungen (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) soll ein grundsätzlicher Vollzeit-Vorbehalt gelten. Die Kombination von Teilzeit und Sozialleistungen wird nur bei Vorliegen besonderer Gründe möglich sein. Die Solidargemeinschaft darf nicht die Work-Life-Balance von Aufstockern finanzieren.“^[38]

Diese Forderung stieß auf vielfältige Kritik. Der SPD-Sozialpolitiker Bernd Ritzel bezeichnete sie als realitätsfremd und rückwärtsgewandt: Wer in Zeiten von Fachkräftemangel auf Zwang statt auf attraktive Arbeitsbedingungen setze, verkenne die Ursachen des Problems und entziehe Beschäftigten ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung.^[39] Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann kritisierte: „Die Union hat offenbar keine Ahnung, wie die Lebenswirklichkeit von Frauen aussieht“.^[40] Viele von ihnen gäben jeden Tag alles, um den Spagat zwischen Arbeit und Familie hinzubekommen.

Telefonische Krankschreibung abschaffen

Der Antrag des MIT -Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert, die Möglichkeit eine Arbeitsunfähigkeit nach telefonischer Anamnese festzustellen, aufzuheben“.^[41] In der Begründung heißt es u.a.: „Mit durchschnittlich 22,3 Krankheitstagen liegen wir in Deutschland weiterhin auf einem Rekordniveau. Ursachen sind u. a. Nachholeffekte bei Infekten, mehr chronische Erkrankungen, psychische Belastungen sowie die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU), durch die auch Kurzzeit-Erkrankungen statistisch erfasst werden. Großzügige Entgeltfortzahlung, geringe Jobverlustsorgen und Fehlanreize wie die telefonische Krankschreibung gelten zusätzlich als Gründe für die hohe Krankenquote.“

Der Vorsitzende des Hausärzteverbands warnt vor der Abschaffung: "Alle bisherigen Auswertungen der Krankenkassen bestätigen, dass die telefonische Krankschreibung nicht zu einem höheren Missbrauch bei Krankschreibungen führt [...] Wer die telefonische Krankschreibung abschafft, der trägt die Verantwortung dafür, dass sich in Zukunft wieder unzählige Patientinnen und Patienten ohne Not in die Praxen schleppen müssen“ . “^[42]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

Die MIT positionierte sich 2020 klar gegen ein strenges deutsches Lieferkettengesetz.^[43] Insbesondere wollte die MIT die Zahl der Unternehmen beschränken, für das Lieferkettengesetz gelten sollte. Auch eine tatsächliche zivilgesellschaftliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz lehnte die MIT ab. Ohne eine solche Haftung wäre das Gesetz aber wirkungslos, wie u.a. die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte.^[44] Darüber hinaus resultiere aus dem Gesetz die „Gefahr einer ausufernden Belastung für die durch die Corona-Krise ohnehin schon stark geschwächte Wirtschaft“, so die MIT.^[43] Führende Ökonomen widersprachen dem.^[45] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „Eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen“. ^[46] Der ehemaliger Vorsitzende und Ehrenvorsitzender der MIT Hans Michelbach forderte gar die ersatzlose Streichung der Pläne für ein deutsches Lieferkettengesetz.^[47]

Einflussnahme:

Die MIT war maßgeblich an einer konzertierten Briefaktion^[48] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021 beteiligt, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes aufforderten. Diese Aktion sei *„seitens der MIT im Hintergrund koordiniert“*, wie das MIT dem BMWi in einer Email vom 25. März 2021 mitteilte, die Misereor und dem Global Policy Forum vorliege.^[49] Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem weiteren Bericht von Misereor ^[45] nicht überraschend, wenn man sich die „personellen Überschneidungen“ vergegenwärtigte. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand Hans Michelbach und Marie-Luise Dött beide Mitglieder des Präsidiums des Handelsverband Deutschland (HDE). Auch der HDE war einer der Unterzeichner des Appells und hatte sich bereits an anderer Stelle gegen ein nationales Lieferkettengesetz positioniert.^[50] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die *„Regelungen wurden abgeschwächt“*.³ Ein Artikel von LobbControl (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU beim Lieferkettengesetz findet sich [hier](#).

Europäisches Lieferkettengesetz

In ihrem Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, berichten Misereor, Brot für die Welt und das Global Policy Forum auch beim europäischen Gesetz von einem *„konzertierten Vorgehen von Lobbyverbänden und dem Wirtschaftsflügel [der CDU]“*.^[45] So hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) am 11. März 2021 - vor dem Hintergrund des Gesetzesaufschlags des europäischen Parlaments- in einer Email an das damals von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gewendet. Die Aussage lautete: *„Neben den aktuellen Planungen der Bundesregierung zu einem nationalen Lieferkettengesetz gibt es noch besorgniserregendere Planungen des Europaparlaments für eine EU-weite Regelung.“* Weiter hätte die MIT gewarnt: *„Damit würden die bisherigen ‚Erfolge‘ (BMWi) in den Verhandlungen über das deutsche Gesetz über Bord geworfen.“* Diese erwähnten „Erfolge“ seien laut dem Bericht von MISEOR nichts anderes als *„die Verwässerungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, welche das BMWi mit der Kabinettsmeinung am 3. März 2021 durchgesetzt hatte.“* Die MIT appellierte an das BMWi: *„Wir müssen alle Anstrengungen verwenden, Schlimmeres zu verhindern“*. Der Bericht von Misereor zeigt auch, dass der damalige Wirtschaftsminister Altmaier ein offenes Ohr für die Positionen der Vereinigung hatte: Eine Videokonferenz zur Planung entsprechender Maßnahmen war bereits für die folgende Woche terminiert, für *„eine kleine, aber feine und wichtige Runde“*, wie es damals von Altmaier hieß. ^[45]

Schattenberichterstatter Axel Voss, MEP

Darüber hinaus hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion auch in den zuständigen Ausschüssen des europäischen Parlaments Einfluss auf das Gesetz. So saß der EVP-Abgeordnete und zugleich Mitglied der MIT, Axel Voss, als Schattenberichtersteller im zuständigen Justizausschuss. Dieser hatte sich seit Januar 2021 mit 14 verschiedenen Interessenvertretern aus der Wirtschaft (z.B. BDA, DIHK, BPI, BMW) und auch Lobbyagenturen (z.B. B-Connect, welche u.a. die dem Gesetz kritisch gegenüberstehende Chinesische Handelskammer in Deutschland e. V. vertreten^[51]) getroffen. Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umweltverbänden gab es mit Voss (Stand November 2022) nur ein einziges Treffen.^[52]

Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"

Im März 2022 forderte die MIT angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einen "Belastungsstopp für die Wirtschaft" bzw. weitergehend Entlastungen von Unternehmen.^[53] Kurz vorher hatte die MIT "in Zusammenarbeit mit 25 Wirtschaftsverbänden" eine umfangreiche Forderungsliste veröffentlicht. [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher \(DE\)](#) Darin positioniert sich die MIT beispielsweise gegen das europäische Lieferkettengesetz: "Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betriebspraktisch nicht darstellbar, schon Sorgfaltspflichten über die erste Zuliefererstufe hinaus sind illusorisch."^[54] Anders ist die Sicht von über 100 Unternehmen und Investoren auf das EU-Lieferkettengesetz: Ein wirksames Gesetz inkl. Haftungsregeln werde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gelte.^[55]

Rundfunkreform

Mit Beschluss vom 17. März 2021 hat der MIT-Bundesvorstand ein [Reformkonzept](#) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Ziel sei ein Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert. Die Reformvorschläge sehen u.a. vor:

- Das Informations, Bildungs- und Kulturangebot muß gestärkt und verbessert werden, z. B. durch mehr Korrespondenten im In- und Ausland
- Mit Blick auf die Kosten ist für die Übertragung von Sportereignissen darauf zu achten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht zu einem Wettbewerb beiträgt, der den Erwerb der Rechte immer teurer macht
- Das Unterhaltungsangebot sollte sich nicht am Wettbewerb mit privaten Anbietern um die höchsten Einschaltquoten orientieren, sondern am öffentlichen Auftrag des beitragsfinanzierten Rundfunks.
- Angestrebt wird die Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter einem Dach, d. h. ARD und ZDF sollen fusionieren. Die künftige Sendeanstalt bietet verschiedene nationale Programme (Voll- und Spartenprogramme) und regionale Fenster an
- Es gibt keinerlei Werbung und Sponsoring
- Es gibt einen niedrigeren Rundfunkbeitrag pro Person, juristische Personen sind befreit

An der Ausarbeitung des Reformkonzepts waren [Carsten Linnemann](#) (MIT-Vorsitzender), Stefan Müller (Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion) und der Wettbewerbsökonom [Justus Haucap](#) beteiligt.^[56] Der an einer Kampagne zur weitgehenden Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitgewirkt hat.^[57] Aus seiner Sicht ist ein öffentlich finanzierter Rundfunk nicht zwingend notwendig.^[58] Der maßgebliche Vorstandsbeschluss enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sponsoring

Veranstaltungsformate und Optionen

Laut [Sponsoring-Anfrage](#) können folgende Veranstaltungsformate gesponsert werden:

- Parlamentarischer Abend der MIT/Deutscher Mittelstandspreis
- MIT:FUTURA
- Bundesmittelstandstag
- Sonstige Veranstaltungen

Als Sponsoringoptionen werden genannt:

- Aussteller
- Logosponsoring
- Sachsponsoring

Beispiel: Bundesmittelstandstag

Die Sponsoren des Bundesmittelstandstages 2025 sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(bdew\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V.](#)
- [Bundesverband EnergieMittelstand UNITI](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Die Familienunternehmer](#)
- [steag igony group](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)

Einnahmen aus Sponsoring

Die Einnahmen aus [Sponsoring](#) sind in den letzten Jahren gestiegen und betrugen 2019 ca. 245 Tsd. Euro.

Mitglieder

Die MIT hat ca. 25.000 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte zugleich Mitglied bei CDU oder CSU ist. Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft. ^[59]

Bundesmittelstandstag

Das höchste Organ der MIT ist laut Satzung der Bundesmittelstandstag, der aus 450 gewählten stimmberechtigten Delegierten besteht, zu denen auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft [Mittelstands-Union](#) der CSU (MU) gehören. Er nimmt die Geschäftsberichte und Prüfungsberichte entgegen und erteilt Entlastung.

Der Geschäftsbericht mit Tagungsunterlagen für den Bundesmittelstandstag 2025 ist [hier](#) abrufbar.

Bundesvorstand

Zusammensetzung

Der **Bundesvorstand** besteht satzungsgemäß aus den folgenden Mitgliedern:

- a) dem/den Ehrenvorsitzenden
- b) dem Bundesvorsitzenden
- c) den 6 Stellv. Bundesvorsitzenden, von denen einer auf alleinigen Vorschlag der Arge Mittelstands-Union der CSU gewählt wird
- d) einem vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion (PKM) zu benennenden Vertreter
- e) dem Bundesschatzmeister
- f) dem Hauptgeschäftsführer
- g) dem Mitgliederbeauftragten
- h) 35 weiteren Mitgliedern

Mitglieder des Bundesvorstands

Bundesvorsitzende ist [Gitta Connemann](#), MdB (CDU), Rechtsanwältin, Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PMK), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand. Ihr Vorgänger war [Carsten Linnemann](#).

Stellv. Vorsitzende sind u.a.

- Matthias Heider, Co-Vorsitzende der Kommission Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus, Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA
- Jana Schimke, Co-Vorsitzende der Kommission Arbeit/Soziales, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags, Stv. Vorsitzende CDU Brandenburg, Vorstandsmitglied im Parlamentskreises Mittelstand, ehem. Mitarbeiterin der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Abteilung Arbeitsmarktpolitik)
- Ruth Baumann ^[60]
- Sebastian Brehm, MdB CSU ^[61]
- Christoph Fay ^[62]
- Dorin Müthel-Brenke ^[63]
- Vertreter des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PMK): Christian Frhr. von Stetten, MdB
- Bundesschatzmeister: Michael Littig ^[64]
- Hauptgeschäftsführer: Stefan Lange

Präsidium

Die in der Satzung unter Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder des Bundesvorstands sowie 3 weitere Mitglieder, die der Bundesvorstand aus seiner Mitte wählt, bilden das Präsidium.

Auslandsverband Belgien

Vorsitzender der Brüsseler Zweigstelle ist Bastian Biermann, Leiter der Stabsstelle Europa im PKV-Verband.
[65][66]

Kommissionen

Die politischen Positionen werden in den folgenden Kommissionen erarbeitet:

- [Arbeit/Soziales](#)
- [Digitales](#)
- [Energie/Umwelt](#)
- [Gesundheit/Pflege](#)
- [Landwirtschaft/Ernährung](#)
- [Steuern/Finanzen](#)
- [Verkehr/Bau](#)
- [Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus](#)

Finanzen

Die MIT finanziert ihre politische Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Einnahmen. Für die Annahme von Spenden gelten die gesetzlichen Bestimmungen und §§ 5 - 8 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. 2024 betrugen die Einnahmen ca. 1,3 Mio. Euro, die Ausgaben ca. 1,4 Mio. Euro.^[67]

Einzelnachweise

1. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
3. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
4. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
5. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
6. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand](#), cdu.csu.de, abgerufen am 27.01.2026
7. ↑ [Wie der Wirtschaftsflügel in der CDU zum Machtzentrum wurde](#), handelsblatt.com vom 25.01.2026, abgerufen am 01.02.2026
8. ↑ [Union distanziert sich von Abgeordneter Ludwig](#), tagesschau.de vom 04.08.2025, abgerufen am 27.01.2026
9. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand Europe](#), cducsu.eu, abgerufen am 29.01.2026
10. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 01.02.2026
11. ↑ [MIT Belgien wählt Bastian Biermann zum Vorsitzenden](#), mit-belgien vom 27.05.2024, abgerufen am 29.01.2026
12. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
13. ↑ [CDU will den Begriff „klimaneutral“ neu definieren](#), handelsblatt.com vom 14.01.2026, abgerufen am 26.01.2026

14. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
15. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
16. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
17. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
18. ↑ [Einladung zu Tichys Einblick „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“](#), mit-dd.de vom 20.09.2022
19. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 12.10.2022
20. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
21. ↑ [Vorwurf: Zu große Nähe zu Klimaleugnern](#), focus.de vom 29.07.2022, abgerufen am 11.10.2022
22. ↑ [Nuklearia](#), facebook.com , abgerufen am 11.10.2022
23. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
24. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020, abgerufen am 11.10.2022
25. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 11.10.2022
26. ↑ [Wie redlich ist Vahrenholts Buch „Die kalte Sonne“?](#), klimafakten.de, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Fritz Vahrenholt: Warum die deutsche Energiewende verantwortungslos ist](#), eike-klima-energie.eu], abgerufen am 11.10.2022
28. ↑ [Es gibt keinen Klimanotstand](#), clintel.org, abgerufen am 11.10.2022
29. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.2020, abgerufen am 12.10.2022
30. ↑ [Menschen](#). vernunftkraft.de, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
32. ↑ [Antje Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsiche.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
33. ↑ [Die Sächsische AfD-Landtagsfraktion informierte über die Energiewende](#), afd-nordsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
34. ↑ [AfD-Fraktion vor Ort: Energiewende - Die Wende ins Ende?](#), afd-mittelsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
35. ↑ [Frank Hennig](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 12.10.2022
36. ↑ [Dresdner Politikwissenschaftler](#), focus.de vom 19.01.2019, abgerufen am 11.10.2022
37. ↑ [Politik in Sachsen - Die Morgenlage](#), saechsische.de vom 11.10.2022, abgerufen am 13.10.2022
38. ↑ [Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
39. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
40. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
41. ↑ [Telefonische Krankschreibung abschaffen](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
42. ↑ [Hausärzte warnen vor Abschaffung](#), tagesschau.de vom 21.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
43. ↑ ^{43,043,1} [UNVERHÄLTNISSMÄßIGES LIEFERKETTENGESETZ VERHINDERN](#) mit-bund.de vom 18.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
44. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022

45. ↑ [45,045,145,245,3 Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S.6, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
46. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
47. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
48. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) handelsblatt.de vom 06.04.2021, abgerufen am 23.11.2022
49. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022.](#) globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
50. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehdv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Lobbyregister: B-Connect](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.11.2022
52. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
53. ↑ [Belastungsstopp jetzt: Unternehmen in der Krise nicht weiter belasten](#), mit-bund.de vom 31.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
54. ↑ [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher](#) mit-bund.de vom 10.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
55. ↑ [Mehr als 100 Unternehmen und Investoren fordern wirksames EU-Sorgfaltspflichtengesetz](#), business-humanrights.org, Unternehmens-Statment als pdf (engl.), abgerufen am 20.05.2022
56. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
57. ↑ [Eine Liberale Rundfunkordnung für die Zukunft Gutachten im Auftrag von PROMETHEUS September 2015](#), zwangsbeitrag.info., abgerufen am 21.06.2021
58. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
59. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
60. ↑ [Ruth Baumann](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
61. ↑ [Sebastian Brehm](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
62. ↑ [Chritoph Fay](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
63. ↑ [D. Müthel-Brennke](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
64. ↑ [Michael Littig](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
65. ↑ [Auslandsverbände](#), mit-bund-de, abgerufen am 29.01.2026
66. ↑ [Rechenschaftsbericht 2025](#), pkv.de, abgerufen am 29.01.2026
67. ↑ [Geschäftsbericht 2023 - 2025, Anlage zum Bericht des Bundesschatzmeisters](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026

Die Familienunternehmer - ASU

Weiterleitung nach:

- [Die Familienunternehmer](#)

Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen" getragen.^[1] Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.^[2] Hierzu gehöre beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.^[3] Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.^[4] Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Stiftung Familienunternehmen und Politik



Rechtsform Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts
Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen
Gründungsdatum 2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)
Hauptsitz Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)
Lobbybüro Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin
Lobbybüro EU
Webadresse familienunternehmen.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"	49
2 Definition von Familienunternehmen	50
3 Lobbystrategien und Einfluss	50
3.1 Aktivitäten	50
3.2 Projekte	50
3.3 Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)	51

3.4 Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstatssekretärs Wolfram Weimer	51
3.5 Einfluss in der Wissenschaft	51
4 Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP	52
5 Erbschaftsteuer	52
5.1 Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer	53
5.2 Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016	54
6 Organisationsstruktur und Personal	55
6.1 Vorstand und Geschäftsführer	55
6.2 Kuratorium	55
6.3 Wissenschaftlicher Beirat	56
6.4 Förderkreis	56
7 Finanzen	57
8 Weitere Informationen	57
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	58
10 Einzelnachweise	58

"Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut [Satzung](#) besteht der Zweck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer [Satzung](#) ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstandes oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

Definition von Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: ^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Im [Lobbyregister](#) wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.“

Die bekannteste Veranstaltung ist der [Tag des Familienunternehmens](#), der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Projekte

Zu den im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer

- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

Im [EU Transparenzregister](#) wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das [European Forum for Family Businesses](#) dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstatssekretärs Wolfram Weimer

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.^{[6][7]} Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstatsminister Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.^[8] Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen^[9]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der

Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt.^[10] Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.^{[11][12][13]}

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.^[14]
^[15]

Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.^[16] Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“^[17]

Erbschaftsteuer

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.^[18] Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im [Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12](#), Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“
^[19]

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.^[20] Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündigte am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.^[21] Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.^[22] Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögenssteuer in den Wahlprogrammen“ vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis

hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“^[23]

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.“^[24] Zur Begründung heißt es u.: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“^[25]

Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

Im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier [Ist die Erbschaftsteuer ungerecht?](#) wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#) auf die Argumente der Lobby ein.“^[26] Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär*innen und Milliardär*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.

- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[27] Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.^[28] ^[29]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[30] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[31] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.^{[32][33]} Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.^{[34][35]} Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.^[36] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert.^[37] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."^[38]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.^[39] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.^{[40][41]}

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.^[42] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erbten oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer [Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023](#) erläutert.

Organisationsstruktur und Personal

Stifter im Sinne der [Satzung](#) ist ihr Gründer [Brun-Hagen Hennerkes](#). Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.^[43]

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

Vorstand und Geschäftsführer

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte^[44]
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des [Wirtschaftsforums](#) der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: ^[45]

Kuratorium

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.^[46] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. [Hans-Peter Friedrich](#) (CSU) und [Günther Oettinger](#) (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)^[47]:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- [Udo di Fabio](#), Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.
- [Clemens Fuest](#), Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#), Verfasser der Studie [Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021](#) für die Stiftung Familienunternehmen
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Hans-Werner Sinn, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), ehem. Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#). Bei der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#) Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“^[48] Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.^{[49][50]} Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.^{[51][52]}
- Kay Windthorst, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Förderkreis

Laut [Satzung](#) können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen
- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.^[53] Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.^[54] Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören

- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.^[55] Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist [hier](#) abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich [hier](#). Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.^[56]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.^[57] Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.^[58] Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace^[59] hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut [Gewinn- und Verlustrechnung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

Weitere Informationen

- „Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025
- Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025
- Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025
- Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025
- Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025
- Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023

- [Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022](#)
- [Erbschaftsteuer – Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Transparenz verpflichtet](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ [Definition von Familienunternehmen](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes](#) Uni Witten-Herdecke, abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ [Publikationen/Studien](#) Website Stiftung Familienunternehmen, abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer](#) Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitenwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
16. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ [Verfassungswidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche](#), finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ [Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer](#), gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ [Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher](#), zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ [Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben](#), merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025

22. ↑ [Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall](#), tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ [Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [Pressemitteilung](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ [Jahresgutachten 2025, Ziffer 433](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#), finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobby Schlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
41. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ [Prof. Rainer Kirchdörfer](#), hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ [Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn](#), thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025

49. ↑ [Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht](#), [ubermedien.de](#) vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ [Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn, in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik](#), [claudiakemfert.de](#), abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ [Wissenschaftler kritisieren Studie scharf](#), [wiwo.de](#) vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ [Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat](#), [wiwo.de](#) vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
54. ↑ [Lobby für Superreiche?](#), [tagesschau.de](#) vom 25.09.2025, abgerufen am 19.10.2025
55. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025